

Lieber eine Teufelsmauer als Frau Merkel noch auf Dauer.

Beschlussbuch



Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 01.-02. Juni 2013

GS Martin Luther, Blankenburg



Inhalt

Günstiger Landesfahrschein für Schülerinnen und Schüler	2
Investitionsprogramm kommunale Straßen	3
Verbot von Pelztierfarmen.....	4
Wildtierverbot im Zirkus	5
Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen.....	6
Einheitliche Bewertung von Klassenarbeiten	7
Portfolio und/oder Worturteile in den Fächern Kunst, Musik und Sport	8
Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen	9
Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA	11
Schulsport neu gestalten	12
Mehr Demokratie an Hochschulen.....	13
Zwangstranssexualisierungen verhindern	14
Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen	16
Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht	17
Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen.....	18
Überwachung islamfeindlicher und rassistischer Hetze auf Pl.....	19
RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich umsetzen	20
Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen	21
Verschlinkung der Landesverwaltung auf Ministeriumsebene prüfen.....	22
Kürzen allein ist noch keine Politik – Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden! Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis der SPD Sachsen-Anhalt.....	23
Rentenversicherung bei Minijobs	27
Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt.....	28
Ausweitung der Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung	29
Altenpflege im Land nachhaltig verbessern – Pflegepakt entwickeln	30
Vereinfachte Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner	31
Gleiche Bezahlung von LeiharbeiterInnen als Bedingung für die Vergabe öffentlicher Aufträge.....	32
Arbeitsfreie Tage nachholen	33
Ehrenamtliches Engagement fördern.....	34
Wiederaufstockung des Gründerzuschusses	35
„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen.....	37
Versorgung psychisch erkrankter Elternteile	39
Reduzierter Umsatzsteuer für sogenanntes Sozialcatering.....	40
Die Jusos Sachsen-Anhalt bekämpfen Sexismus in den eigenen Reihen	41
Resolution - Netzneutralität garantieren	43
Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019	44
Barrierefreie Veranstaltungsorte	45
Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung	46
Kürzungen in der Kinder- und Jugendförderung verhindern.....	47

1 Beschluss: A1

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Kreistags- und Stadtratsfraktionen

4

5

Günstiger Landesfahrchein für Schülerinnen und Schüler

6

7 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass für Schüler*innen auch außerhalb der
8 Schulzeit günstig Angebote im Regional- und Nahverkehr eingerichtet werden. Parallel zum
9 "Schülerferienticket" soll auch für die Ferienzeit des gesamten Jahres ein günstiger Tarif
10 angeboten werden.

11

Begründung:

12

13 Gerade in ländlichen Regionen sind Schülerinnen und Schüler auf Verbindungen des Regional -
14 und Nahverkehrs angewiesen, um in die regionalen Zentren zu gelangen und am
15 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Das Schülerferienticket, das bisher nur für die
16 Sommerferien gilt, könnte um einen Tarif erweitert werden, um Schüler*innen eine günstige
17 Möglichkeit zu bieten, auch ganzjährig Kulturangebote wahrnehmen zu können, statt ihr
18 Taschengeld in Bus -und Bahntickets regulären Preises investieren zu müssen.

19

20

21

1 Beschluss: A3

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag
4 zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-
5 Anhalt, SPD-Bundesparteitag

6

7

Investitionsprogramm kommunale Straßen

8

9 Die Bundesregierung soll ein Programm zur Auflösung des Investitionsstaus bei den
10 kommunalen Straßen auflegen. Dieses soll an Kriterien wie Fußgänger- und
11 Radfahrerfreundlichkeit, demografische Nachhaltigkeit sowie Bevorzugung des ÖPNV
12 gebunden werden. Haushaltsmittel in einem angemessenen Umfang sind dafür
13 bereitzustellen.

14

Begründung:

15

16 Die kommunale Verkehrsinfrastruktur ist bundesweit deutlich unterfinanziert. Jährlich werden
17 bestenfalls fünf statt der benötigten 13 Milliarden Euro investiert. Das Deutsche Institut für
18 Urbanistik schätzte 2007 den Investitionsbedarf für den kommunalen Straßenbau für die Jahre
19 2006 bis 2020 auf 160 Milliarden Euro, eine Summe, die die Kommunen angesichts der
20 vielerorts desaströsen Haushaltssituationen auf absehbare Zeit nicht werden aufbringen
21 können. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist aber Voraussetzung für Wohlstand und
22 Wohlbefinden der Bevölkerung. Da die Kommunen und Länder ihre Einnahmen kaum erhöhen
23 können, um dem wachsenden Bedarf Herr zu werden und dem weiteren Verfall der
24 Infrastruktur entgegenwirken zu können, muss der Bund als Institution mit dem größten
25 finanziellen Spielraum einspringen.

26

27

28

1 Beschluss: A4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag; SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt

4

5

Verbot von Pelztierfarmen

6

7 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Pelztierfarmen in den Tierschutzgesetzen der
8 Länder und des Bundes festgeschrieben wird.

9

10 Begründung:

11

12 Für Menschen besteht keinerlei Notwendigkeit mehr Pelze zu tragen und damit einhergehend
13 Tiere zu töten. Mittlerweile können hochwertige Fake-Fur-Artikel (Pelzimitate) in
14 Echtpelzqualität produziert werden. Dass Menschen Pelz aus reinen Prestige Gründen tragen
15 und hierfür Lebewesen sterben müssen ist unethisch, gehört verboten und sollte sowohl
16 politisch als auch gesellschaftlich bekämpft.

17

18 Des Weiteren stehen Pelztierfarmen vielerorts unter Verdacht, Tieren aus ökonomischen
19 Gründen unverhältnismäßig viel Leid zuzufügen. Darunter fallen Vorwürfe wie das Halten von
20 Tieren in viel zu kleinen Käfigen, als auch Häutung bei lebendigem Leibe. Eine „Humanisierung
21 des Tötens“ kann es aber nicht geben, da Zweck, Nutzen, Leid und Ziel absolut nicht
22 verständlich ist.

23

24

1 Beschluss: A5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt,
4 SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament;

5

6

Wildtierverbot im Zirkus

7

8 Die SPD setzt sich dafür ein, dass ein Verbot von Wildtieren (dies umfassend üblicherweise in
9 der Wildnis lebende Tiere, die im Gegensatz zu Haustieren nicht domestiziert sind) im Zirkus
10 umgesetzt wird. Bestehende Exemplare von Wildtieren werden in Auffangstationen bzw. in
11 Zoos oder Tierparks unterkommen, sofern diese eine bessere Tierhaltung ermöglichen können.

12

Begründung:

13

14 Reisende Unternehmen wie Zirkusse, sind nicht in der Lage für eine artgerechte Tierhaltung
15 von Wildtieren zu sorgen. Dementsprechend leiden die Tiere in deutschen Zirkussen Tag für
16 Tag weiter.

17

18 Im Artikel 20a des Grundgesetzes heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die
19 künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der
20 verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und
21 Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Somit hat der Staat durch die
22 Verankerung des Tierschutzes eine besondere Verantwortung übernommen und dieser gilt es
23 in vollem Maße nachzukommen. Länder wie Österreich, in denen ein Wildtierverbot in
24 Zirkussen gilt, können hierbei als Vorbild dienen.

25

26 Ein Verbot in Deutschland würde bedeuten, dass bestimmte Wildtierarten (Affen, Elefanten,
27 Bären etc.) nicht neu angeschafft werden dürfen.

28

29

1 Beschluss: B2
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
4

5 **Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen**

6

7 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert ein geeignetes Konzept zu entwickeln oder
8 entwickeln zu lassen, wie dem krankheitsbedingten Unterrichtsausfall in Sachsen-Anhalts
9 Schulen nachhaltig und effektiv begegnet werden kann.

10
11 Dabei müssen unter anderem Möglichkeiten geschaffen werden, welche gewährleisten, dass
12 mit Neueinstellungen auf den langfristigen, krankheitsbedingten Ausfall einer Lehrkraft
13 reagiert werden kann.

14
15 Die Frist von sechswöchigen Krankschreibungen im Vorfeld einer möglichen Abordnung einer
16 Lehrkraft von einer anderen Schule wird im Rahmen dieses Konzeptionsverfahrens verkürzt. So
17 soll dies bei Kernfächern und dem Fach Geschichte bereits nach 3 Wochen erfolgen. Die
18 Ausfallzeit von Nebenfächern bis zur Abordnung darf maximal 5 Wochen betragen. Die Regeln
19 zur Abordnung müssen in diesem Prozess der Konzeptentwicklung außerdem vereinfacht
20 werden, um die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

21
22 Des Weiteren muss neben dieser Bekämpfung der Symptome auch die Ursache der
23 langfristigen Krankenstände unter Lehrerinnen und Lehrern im Land angegangen werden,
24 weshalb zur Verbesserung der Arbeits- und Gesundheitssituation ebenfalls Maßnahmen zu
25 ersinnen sind. Daher muss das zu entwickelnde Konzept neben dem Umgang mit dem akuten
26 Problem des Ausfalls auch Präventionsmaßnahmen enthalten.

27 **Begründung:**

28

29
30 Bereits seit einigen Jahren kommt es in diversen Schulformen in Sachsen-Anhalt immer wieder
31 zu massivem, durch langfristige Krankenstände im Lehrpersonal hervorgerufenen, Ausfall
32 von schulischem Unterricht. Dieses Problem betrifft dabei sowohl Nebenfächer diverser
33 Schulformen als auch Hauptfächer wie Deutsch oder Mathe und macht auch vor Grundschulen
34 nicht halt. Dass durch diesen, teils mehrmonatigen Ausfall die schulische Ausbildung der
35 Kinder massiv eingeschränkt und gefährdet wird, gilt hier als unzweifelhafte Folge.

36
37 Diesem Missstand, der sicherlich schwer zu bekämpfen ist aber die Zukunft der hier lernenden
38 Kinder maßgeblich und negativ beeinflusst, muss unbedingt entgegengewirkt werden.

39
40 Hinzu kommt, dass Sachsen-Anhalts Lehrerinnen und Lehrer nicht nur ein sehr hohes
41 Durchschnittsalter aufweisen, sondern der Bedarf an Lehrkräften in den kommenden Jahren
42 kaum noch zu decken sein wird. Vor diesem Hintergrund muss mit den vorhandenen
43 Ressourcen an Lehrerinnen und Lehrern aller Schulformen möglichst nachhaltig umgegangen
44 werden. Dies schließt sowohl die im Konzept zu verankernde Vorsorge, als auch den effektiven
45 Umgang mit gesundheitlich bedingten, langfristigen Ausfällen mit ein.

46
47 Daher erscheint die Entwicklung eines derartigen Konzeptes und die damit verbundene
48 Modernisierung der Handlungsoptionen des Landesschulamtes unausweichlich und muss
49 schnellstmöglich vorangebracht werden.

50
51

1 Beschluss: B3
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion
4

5 **Einheitliche Bewertung von Klassenarbeiten** 6

7 Mit dem Bewertungserlass vom 26.6.2012 (RdErl. des MK vom 26.6.2012 - 2-83200) ergeben sich
8 Veränderungen in der Bewertung der Schülerleistungen. Punkt 4.1.10 dieses Runderlasses
9 lautet: „Die Fachkonferenzen beschließen unter folgenden Maßgaben: In den Schuljahrgängen
10 5 bis 10 und in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe gehen die für Klassenarbeiten
11 erteilten Noten mit einer besonderen Gesamtgewichtung, die einem Anteil von mindestens
12 25 v. H. und höchstens 40 v. H. entspricht, in die Notenbildung zum Schulhalbjahr und
13 Schuljahresende ein. In modernen Fremdsprachen darf die Gewichtung bei nur einer
14 Klassenarbeit 20 v. H. nicht überschreiten.“
15 Diese Regelung soll außer Kraft gesetzt und durch eine einheitliche prozentuale
16 Bewertungsvorgabe für Klassenarbeiten ersetzt werden.
17

18 **Begründung:** 19

20 Wie auch im aktuellen Leistungsbewertungserlass festgehalten besteht einer der
21 Grundsätze zur Leistungsbewertung in der Vergleichbarkeit. Diese ist jedoch unserer
22 Meinung nach nur zu erreichen, wenn entscheidende Leistungsfeststellungen, also
23 insbesondere Klassenarbeiten, mindestens landesweit denselben Bewertungsmaßstäben
24 unterliegen. Dem entgegen wirkt die neue, am 26.06.2012 in Kraft getretene Regelung, die
25 jeder Schule die Möglichkeit gibt, innerhalb des Intervals von 25% und 40% selbst zu
26 entscheiden, wie stark bzw. schwach Klassenarbeiten gewichtet werden. Dadurch kommt es zu
27 starken Gewichtungsunterschieden zwischen den Schulen, wodurch bei gleicher Leistung an
28 verschiedenen Schulen unterschiedliche Zeugnisnoten entstehen können.
29
30

1 Beschluss: B5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag

4

5

Portfolio und/oder Worturteile in den Fächern Kunst, Musik und Sport

6

7 Die SPD Landtagsfraktion wird beauftragt zu prüfen in wie weit in den Fächern Musik, Sport

8 und Kunst bis zur 10. Klasse künftig Noten durch Worturteile ersetzt werden können.

9 Ausnahmen sind Schulen mit entsprechendem Schwerpunkt.

10

11 **Begründung:**

12

13 Lernleistungen in den Fächern Kunst, Musik und Sport sind sehr stark

14 talentgebunden und können daher nur sehr begrenzt objektiv bewertet werden.

15 Zeugnisensuren sollten nicht von Talenten und körperlichen Voraussetzungen

16 abhängen. Schülerspezifische Portfolios ermöglichen eine detailliertere und

17 ausführlichere Einschätzung der Leistungen und kreativen Arbeit. Außerdem bieten

18 sie die Möglichkeit längerfristig die Entwicklung eines Schülers in den jeweiligen

19 Fächern nachzuvollziehen.

20

21

1 Beschluss: B8

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Landesvorstand

4

5

6 **Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen**

7

8 Das Land Sachsen-Anhalt soll mit Beginn der kommenden Legislaturperiode die Maßnahme der
9 Nichtversetzung als Intervention gegen Schulversagen durch geeignetere Instrumente
10 ersetzen. Der Rest der laufenden Legislaturperiode ist für die Vorbereitung dieses Vorhabens zu
11 nutzen.

11

12 Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, das Vorhaben in den Entwurf des Wahlprogrammes
13 für die kommende Landtagswahl aufzunehmen.

14

15 **Begründung:**

16

17 Im Jahre 2009 kam eine Bertelsmann-Studie zur Wirksamkeit des Sitzenbleibens zu folgendem
18 Schluss: „Klassenwiederholungen führen weder bei den sitzengebliebenen Schülerinnen und
19 Schülern zu einer Verbesserung ihrer kognitiven Entwicklung, noch profitieren die im
20 ursprünglichen Klassenverband verbliebenen Schülerinnen und Schüler von diesem
21 Instrument. Dies belegen alle verfügbaren und bei einer methodenkritischen Überprüfung
22 belastbaren empirischen Studien. Klassenwiederholungen sind daher als unwirksame
23 Maßnahme in den deutschen Schulsystemen anzusehen.“ Das ist mehr als deutlich und lässt
24 keinerlei Spielraum für Interpretationen.

25

26 Worauf beruht dieses Ergebnis? Seit den 70er Jahren wurde anhand einer Vielzahl von Studien
27 im deutschsprachigen sowie im angloamerikanischen Raum nachgewiesen, dass Sitzenbleiben
28 nicht nur nicht positiv wirkt, sondern den Leistungsrückstand der betroffenen Schüler_innen zu
29 den übrigen Mitgliedern ihrer Altersgruppe sogar weiter vergrößert. Die bereits erwähnten und
30 von den Verfechtern des Sitzenbleibens gerne angeführten Leistungsverbesserungen im
31 Wiederholungsjahr verpuffen im Nichts, da die Leistungen bereits im Folgejahr angesichts der
32 gestiegenen Anforderungen wieder absinken. Hinzu kommen negative Auswirkungen auf das
33 Verhalten, das Selbstkonzept sowie die Einstellung gegenüber dem Schulbesuch. Damit wird
34 ein fataler Teufelskreis in Gang gesetzt, denn Schüler_innen, die durch abweichendes
35 Verhalten sowie eine negative Einstellung zu den eigenen Fähigkeiten und zur Schule auffallen,
36 erzielen in der Regel nur noch schlechtere Leistungen. Dies erklärt, warum beim direkten
37 Vergleich leistungsschwache versetzte Schulkinder besser abschneiden, als ebenso
38 leistungsschwache, aber nichtversetzte Gleichaltrige.

39

40 Hinzu kommt, dass die regulär versetzten Schüler_innen nicht einmal von der Aussortierung
41 der Leistungsschwachen profitierten, der Wunsch nach einem erfolgreicherem Lernen in
42 leistungshomogenen Klassen also nicht in Erfüllung geht. Da wundert es nicht, dass sich die
43 Nichtversetzung auf einer 2009 von John Hattie veröffentlichten Liste von Einflussfaktoren auf
44 die Leistungen von Schüler_innen auf Platz 148 von 150 mit einem negativen Effekt und in
45 guter Gesellschaft von Fernsehen und Umzügen wiederfindet. Nicht zuletzt ist Sitzenbleiben
46 besonders nachteilig für Kinder mit Migrationshintergrund sowie solche aus sozial
47 benachteiligten Familien, denn diese starten oft unter schwierigeren Voraussetzungen ihre
48 Schulkarriere und werden durch unser selektives Bildungssystem schlechter gefördert und
49 häufiger aussortiert.

50

51 Nun könnte noch argumentiert werden, dass eine Verbindung der Strafmaßnahme bzw.
52 Strafandrohung Klassenwiederholung verbunden mit gezielter individueller Förderung im
53 Wiederholungsjahr zu gewünschten Ergebnissen führen müsste. Doch auch hier weit gefehlt:
54 Die Forschung zeigt, dass in der regulären Schullaufbahn verbleibende Kinder bei individueller
55 Förderung bessere Ergebnisse erzielen, als aussortierte individuell geförderte Kinder.
56 Vermutlich ist der Motivationsverlust durch das Sitzenbleiben derart hoch, dass selbst eine

1 individuelle Förderung den angerichteten Schaden nur schwer reparieren kann. Und dass das
2 über den Schüler_innen schwebende Damoklesschwert des Sitzenbleibens durch seine
3 Drohkulisse noch mehr Schulversagen zu verhindern mag, ist ebenso in Frage zu stellen: Der
4 Erfolg der Bildungssysteme anderer Staaten, die ohne das Sitzenbleiben auskommen, spricht
5 nämlich eine andere Sprache. So stellt die Forschungsgruppe um Julia Krohne und Klaus-Jürgen
6 Tillmann mit Bezug auf die PISA-Studie von 2003 heraus, dass Deutschland zwar
7 unangefochtener Spitzenreiter beim Sitzenbleiben sei, viele erfolgreichere Länder diese
8 Maßnahme aber eher selten oder überhaupt nicht praktizierten.
9

10 Angesichts dieser erdrückenden Beweislast mag man sich nur noch dem Urteil der
11 Bertelsmann-Studie anschließen: „Eine Viertelmillion jährlich sitzenbleibender Schülerinnen
12 und Schüler bedeutet insgesamt einen beträchtlichen Verlust an Lebenszeit.“ Die Maßnahme
13 habe lediglich „eine demotivierende Wirkung, verbunden mit Schulunlust und Selbstzweifeln“.
14 Doch überstürzt werden darf nichts: Ein sofortiges Abschaffen des Sitzenbleibens ist nicht
15 unbedingt die beste Lösung, wenn geeignete Alternativen noch nicht ausreichend etabliert
16 sind. Deshalb scheint ein geordneter Übergang, wie ihn sich die rot-grüne niedersächsische
17 Koalition zur Aufgabe gemacht hat, der wohl vielversprechendste Weg zu sein.
18

19 Bleibt nur noch die Frage, wohin dieser Weg führen soll, also mit welchen Maßnahmen
20 Schüler_innen anstelle des Sitzenbleibens unterstützt werden sollten. Nicht, dass die
21 Bildungsforschung hierauf nicht schon Antworten gefunden hätte. So finden sich auf der
22 bereits erwähnten Liste von John Hattie eine Vielzahl nachweislich wirkungsvollerer
23 Mechanismen: beispielsweise die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Beziehung, individuelles
24 Feedback zu Leistungsfortschritten, mehr Klarheit bei den Anleitungen der Lehrkräfte,
25 kooperatives Lernen oder eine bessere Zusammenarbeit mit den Eltern. Auch die
26 Forschungsgruppe um Julia Krohne und Klaus-Jürgen Tillmann fordert Alternativen, durch die
27 Schüler_innen individuell besser gefördert werden können. Dies setze allerdings voraus, dass
28 die „individuellen Förderbedürfnisse von Lehrkräften als Teil ihrer pädagogischen Alltagsarbeit
29 angesehen und angenommen werden“. Sie schlagen unter anderem individuelle Förderpläne
30 für sogenannte „Risikoschüler“, Sprachkurse im Grundschulbereich sowie Programme für
31 Schulaussteiger in der Sekundarstufe I vor. Wichtig ist in jedem Fall, dass die Zeichen, die
32 darauf hindeuten, dass Schüler_innen im Laufe ihrer Schullaufbahn aus ebendieser Bahn
33 geraten, frühzeitig erkannt werden. Die Lehramtsausbildung sollte darauf gezielt vorbereiten.
34
35

1 Beschluss: B9
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion; SPD-
4 Landtagsfraktion
5

6 **Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA**

7

8 Für die Konferenz der Studierendenschaften in Sachsen-Anhalt (KSSA) soll eine rechtsfähige
9 Körperschaft des öffentlichen Rechts auf Landesebene gebildet werden (§65 HSG LSA). Das
10 Aufgabenfeld soll die hochschulpolitische Interessensvertretung auf Landesebene in
11 Anlehnung an die bestehenden Aufgaben der Studierendenschaften umfassen.
12

13 **Begründung:**

14

15 Im Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt sind die Studierendenschaften Körperschaften
16 des öffentlichen Rechts und haben u.a. folgende Aufgaben:
17

- 18 1. die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden ermöglichen;
- 19 2. die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrnehmen;
- 20 3. an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule (§§ 3 und 4) insbesondere durch
21 Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen mitwirken;
- 22 4. auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das
23 staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur
24 aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte fördern;
- 25 5. kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrnehmen;
- 26 6. die Integration ausländischer Studierender fördern;
- 27 7. den Studentensport fördern;
- 28 8. die überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen pflegen
29

30 Eine landesweite Studierendenschaft ist zwar im Hochschulgesetz erwähnt (Absatz 5),
31 allerdings ist die Rechtsform nicht eindeutig geklärt. Ebenfalls ist das Aufgabenfeld nicht
32 definiert.
33

34 Eine derzeitige Vereinsform kann zwar auch funktionieren, doch die Nicht-Verfasstheit von
35 Studierendenschaften gestaltet sich als besonders schwierig. Als Beispiel kann hierfür Bayern
36 dienen, in denen sich selbst die Stupas/Astas in Vereinen organisieren müssen und
37 dementsprechend Nachteile haben.
38

39 Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für die KSSA hat somit mehrere Vorteile:
40

- 41 1. Verbesserung der Vernetzung der Studierendenräte in LSA.
- 42 2. Verbesserung der rechtlichen Stellung, des Einflusses der Legitimität, sowie der
43 Handlungsfähigkeit gegenüber landespolitischer Institutionen.
- 44 3. Klare Mitgliedschaftsregelungen.
- 45 4. Klare finanzielle Situation.
46

47 Um dies eindeutig für die Zukunft zu klären, bedarf es somit einer klaren Definition und
48 Überarbeitung des Hochschulgesetzes hinsichtlich einer Stärkung der KSSA, da eine starke und
49 tragfähige Vernetzung der Studierendenschaften auf Landesebene wichtig ist.
50

51

1 Beschluss: B10
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion; SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die
4 SPD-Landtagsfraktion
5

6 **Schulsport neu gestalten**

7

8 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern der Schulsport in seiner
9 jetzigen Form folgendermaßen umgestaltet werden kann:

- 10
11 - Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, bereits ab der 7.
12 Klasse den Schulsport in verschiedenen Kursen zu betreiben.
13 - Der Unterricht soll, soweit möglich, in Zusammenarbeit mit Vereinen und Schulen (z. B.
14 Tanzschulen) erfolgen.
15 - Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, eine Sportart in
16 mehreren nach Leistungsniveau gestaffelten Kursen zu belegen.
17

18 **Begründung:**

19

20 Ziel des Schulsports soll sein, den Schülerinnen und Schülern den Spaß und das Interesse am
21 Sport zu vermitteln, ihnen Ehrgeiz und Zielstrebigkeit anzueignen und gleichzeitig ein Gefühl
22 für Fairness und Teamgeist zu entwickeln. Doch die gängige Praxis des Schulsports beweist oft
23 das Gegenteil. Durch zu groß angelegte Klassen ist es nicht möglich, auf die einzelnen
24 Interessen der Sporttreibenden einzugehen und dies zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler
25 werden dadurch zum Betreiben von Sportarten gezwungen, für die sie überhaupt kein
26 Interesse besitzen. Der Bewertungsmaßstab, der oft utopisch hoch angelegt ist und eben nur
27 jene Schülerinnen und Schüler begünstigt, die ein Interesse für diesen Sport zeigen oder sogar
28 in Vereinen intensiver betreiben, wirkt sich negativ auf die Kernaufgabe des Schulsports aus.
29 Die Folge stellt sich unterschiedlich dar:

- 30
31 - Die schlechte Bewertung demotiviert die Schülerinnen und Schüler,
32 - der Verlust von Interesse am Sport wird verstärkt,
33 - die Schülerinnen und Schüler zeigen keine Motivation für Vereinssport und
34 - die Vereine werden durch extreme Nachwuchsprobleme bedroht.
35

36 Durch die Einführung von Sportkursen, wie es gängige Praxis in der Oberstufe ist, kann dem
37 entgegengewirkt werden. Die Betreuung, Aufsicht und Benotung erfolgt weiterhin durch die
38 Sportlehrenden, die Trainingsdurchführung kann durch Vereinstrainer oder andere Lehrkräfte
39 unterstützt werden.
40

41

1 Beschluss: B11
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;
4 SPD-Landtagsfraktion
5

6 Mehr Demokratie an Hochschulen 7

8 Im Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt sind folgende Maßnahmen zur Behebung eines
9 derzeitigen Demokratiedefizits an den Hochschulen im Land umzusetzen:
10

11 1. Die Verteilung der Sitze in den Gremien der Hochschulen soll geändert werden hin zu einer
12 Parität zwischen solchen Mitgliedern der Statusgruppe der HochschullehrerInnen und aller
13 anderen Statusgruppen. Demnach soll das derzeitige Verhältnis von 6-2-2-1 zu einem 5-2-2-1
14 Verhältnis geändert werden. Wenn bei Abstimmungen nur genau 50 Prozent der
15 Stimmberechtigten für eine Maßnahme stimmen, so gilt diese als abgelehnt.
16

17 2. Die für informierte demokratische Entscheidungen erforderliche Transparenz ist zu fördern.
18 Dafür ist unter anderem im Gesetz die Pflicht der Hochschulleitung festzuschreiben, dass diese
19 alle zwei Jahre ihre Pläne für die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Hochschule
20 veröffentlicht, welche auch die Entwicklungen in den einzelnen Fakultäten umfasst. Deren
21 Umsetzung ist universitätsintern regelmäßig zu überprüfen und zu dokumentieren.
22

23 3. Die ProrektorInnen sollen künftig aus jeder Statusgruppe entspringen können und ihre
24 Herkunft nicht allein auf die Statusgruppe der HochschullehrerInnen beschränkt sein.
25

26 **Begründung:** 27

28 Die Hochschulen sind Selbstverwaltungsorganisationen, in denen von den Angehörigen in
29 regelmäßigen Wahlen eine demokratische Legitimation der Gremien ausgeht. Diese
30 Legitimation unterliegt derzeit jedoch gewissen Defiziten, die durch die oben genannten
31 Maßnahmen ausgeglichen werden sollen.
32

33 Zu 1.:

34 Die HochschullehrerInnen haben so nach wie vor eine Sperrminorität inne, sodass keine
35 Beschlüsse gegen den gemeinsamen Willen ihrer Statusgruppe durchgesetzt werden können.
36 Für das Füllen von Beschlüssen ist diese Statusgruppe dann aber auch ebenso wie die anderen
37 Statusgruppen auf die Bildung von Koalitionen angewiesen.
38

39 Zu 2.:

40 Demokratische Mitbestimmung erfordert Informationen der Entscheidungsträger wie auch
41 aller Angehörigen der Hochschulen. Zumeist verfügen selbst die EntscheidungsträgerInnen wie
42 z.B. Senatsmitglieder nicht über alle notwendigen Informationen, die sie für bestimmte
43 Abstimmungen benötigen. Mit der Veröffentlichung eines Entwicklungsplans wird
44 Transparenz für einen entscheidenden und weichenstellenden Bereich der internen
45 Informationen der Hochschulinformationen erzeugt. Dieser bietet dann auch konkrete
46 Anknüpfungspunkte für hochschulpolitische Handlungen und offenbart wichtige
47 Weichenstellungen für alle interessierten Kreise.
48

49 Zu 3.:

50 Bisher sieht § 69 Abs. 8 S. 1 Hochschulgesetz LSA vor, dass ProrektorInnen nur aus dem Kreis der
51 ProfessorInnen der Hochschule stammen können. Dies soll jedoch für alle Hochschulmitglieder
52 geöffnet werden. Insbesondere unter den Angehörigen des Mittelbaus befinden sich häufig
53 zahlreiche Personen, die aufgrund ihrer Erfahrungen an der Universität geeignet wären, eine
54 neue Perspektive in das Rektorat einzubringen. Diese Erfahrungswelten eines Großteils der
55 Hochschulangehörigen blieben dem Rektorat bisher verschlossen.
56

1 Beschluss: C1
2
3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den
4 SPD-Bundesparteitag, Jusos-Bundeskongress
5

6 **Zwangstranssexualisierungen verhindern**

7

8 Die Jusos sowie die SPD setzen sich für eine Anerkennung der Rechte von intersexuellen
9 Menschen ein. Dafür wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, entsprechende Anträge im
10 Bundestag zu unterstützen.
11

- 12 1. Es dürfen keine chirurgischen und/oder medikamentösen/hormonellen Eingriffe
13 erfolgen, so lange keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.
14
- 15 2. Kosmetische Eingriffe dürfen nur bei ausdrücklicher Einwilligung der betroffenen und
16 zuvor ausführlich informierten Personen stattfinden. Eine alleinige Zustimmung der
17 Erziehungsberechtigten genügt nicht. Die behandelnden Mediziner_innen informieren
18 die betroffenen Personen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von
19 Eingriffen sowie deren Unterlassung schriftlich. Das gilt insbesondere bei der
20 Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden
21 medikamentösen Hormonersatztherapien.
22
- 23 3. Bei Entlassung händigen die behandelnden Mediziner_innen den betroffenen
24 Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert eine Kopie der Patientenakte aus.
25
- 26 4. Die Eltern von betroffenen Kindern sind wahrheitsgetreu aufzuklären. Für die
27 betroffenen Menschen selbst gilt eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre
28 Besonderheit. Zur Aufklärung und Vernetzung von betroffenen Personen sollen
29 außerklinische, interdisziplinäre Kontakt- und Beratungszentren öffentlich finanziert
30 und ausgebaut werden.
31

32 **Begründung:**

33

34 Der Begriff "Intersexualität" stammt aus der Medizin und beschreibt ein "Dazwischen"
35 zwischen den sich einander ausschließend definierten Geschlechtern Mann und Frau. Dieser
36 Definition kann und sollte man skeptische gegenüber stehen, allerdings werden in diesem Text
37 Worte wie Intersexualität, intersexuell etc. benutzt, da sie auch von Betroffenen zur
38 Selbstbeschreibung genutzt werden. Weitere (nicht unumstrittene) Bezeichnungen sind
39 Hermaphroditismus, Zwitterigkeit und "Disorders of Sex Development" (DSD).
40

41 Intersexualität dient als Oberbegriff, um Menschen zu kategorisieren, die nicht "eindeutig" in
42 die Geschlechtskategorien Mann/Frau eingeordnet werden können. Dies bezieht sich auf das
43 chromosomale (Frau: XX, Mann: XY), gonadale (Keimdrüsen: Eierstöcke, Hoden), hormonale
44 (definierter Sexualhormonspiegel), genitale (innere Genitalien: Gebärmutter, Eierleiter und
45 Scheide; Prostata und Samenleiter) und morphologische Geschlecht (äußere
46 Geschlechtsorgane). Die Ursachen für Intersexualität sind so vielfältig wie ihre Ausprägungen.
47

48 Wissenschaftliche Studien kommen zu dem Schluss, dass bei Anlegung strenger Kriterien ein
49 Kind von 1.500 Kindern als "Intersexuell" auf die Welt kommt (also etwa 55.000 in
50 Deutschland). Bei etwas weiter gefassten Kriterien kommen Studien sogar auf ein Kind pro
51 hundert Neugeborener.
52

53 Die zahlenmäßig überwiegende Gruppe von Intersexuellen wird in der Medizin als Menschen
54 mit "Androgenitalem Syndrom" bezeichnet. Diese Stoffwechselstörung sorgt für
55 Komplikationen im Hormonhaushalt des oder der Betroffenen. Mädchen haben dann meist
56 eine vergrößerte Klitoris. Bei Jungs werden in der Pubertät die Hoden nicht größer. Außerdem

1 können verschiedene anatomische Besonderheiten dazu führen, dass ein Mensch in der
2 Gesellschaft als intersexuell gilt- etwa ein Penis, der eine bestimmte Größe unterschreitet.

3
4 Nach der Geburt des Kindes soll das Geschlecht bestimmt werden. Teilweise ist dies aber nur
5 widersprüchlich möglich. Die Geschlechtsanpassungen sollen das Geschlecht
6 "vereindeutlichen", damit das Kind eine "stabile" Geschlechtsidentität entwickeln kann. Diese
7 Auffassung geht von einem "wahren" Geschlecht und einer traditionellen auf Reproduktion
8 ausgerichteten Lebensweise aus. Es ignoriert, dass Menschen ihre Sexualität auch anders
9 ausleben können und wollen könnten.

10
11 Zu 1.: Die Geschlechtsanpassung wird in vielen Fällen auf chirurgische Weise vorgenommen. Zu
12 den häufigsten Operationen zählen die Kastration, die Verkleinerung der Klitoris und die
13 Schaffung einer künstlichen Vagina. Oft sind die Eingriffe irreversibel und mit vielen
14 Folgeoperationen verbunden.

15 Die Geschlechtsanpassungen können auch über eine Hormontherapie erfolgen. Bei länger
16 dauernder Einwirkung dieser können die Veränderungen nicht mehr rückgängig gemacht
17 werden. Die Eingriffe führen außerdem zu psychischen und physischen Schäden unter denen
18 die Betroffenen ein Leben lang zu leiden haben, wie die Hamburger Intersex-Studie 2007 belegte.

19
20 Zu 2.: Es geht in diesem Beschluss nicht darum erwachsenen Intersexuellen das Recht auf eine
21 selbstbestimmte Veränderung ihres Körpers zu nehmen. Aber diese Operationen an Kindern,
22 die nicht einwilligen oder sich wehren können, ist Gewalt und eine Verletzung ihres Rechts auf
23 körperliche Unversehrtheit.

24 Menschen mit Besonderheiten in der geschlechtlichen Entwicklung sind Teil unserer
25 Gesellschaft und haben das gleiche Recht auf freie Entwicklung. Die an ihnen begangenen,
26 medizinisch nicht notwendigen, traumatisierenden Behandlungen stellen laut der
27 Stellungnahme des Deutschen Ethikrats einen schwerwiegenden und nicht zu rechtfertigen
28 Eingriff in das Recht auf Unversehrtheit, Selbstbestimmung und das Persönlichkeitsrecht dar.

29 Da in den meisten Fällen eine medizinische Indikation fehlt, sollte die Entscheidung über eine
30 mögliche Behandlung von den Betroffenen selbst nach vollständiger Aufklärung gefällt
31 werden. Die Eingriffe sind durch die Auswirkungen auf die sexuelle Selbstbestimmung des
32 Kindes, seine geschlechtliche Identität und Fortpflanzungsfreiheit höchstpersönlich. Dadurch
33 kann diese Entscheidung nicht von den Eltern getroffen werden.

34
35 Zu 3.: Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen Intersexuelle, die im Kindesalter operiert
36 wurden, im Erwachsenenalter die Patientenakten angefordert haben und diese nicht
37 aufzufinden waren. Des Weiteren ist den Eltern und den Betroffenen selbst teilweise nicht
38 bekannt, was operiert wurde, aus welchem Grund und welche Auswirkungen das hat/haben
39 kann. Dies erfahren Betroffene teilweise erst Jahre später von anderen Ärzt_innen. Mit einer
40 Kopie der Patientenakte, die unmittelbar nach der Behandlung ausgehändigt wird, bekommen
41 die Betroffenen Klarheit über die Behandlungen.

42
43 Zu 4.: Intersexualität ist ein sehr vielfältiges Thema. Die Entscheidung über eine Operation
44 bzw. Behandlung sollte erst nach intensiver Beratung und reiflicher Überlegung getroffen
45 werden. Für die Betroffenen hat es Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Darum müssen in
46 einer Beratungsstelle alle beteiligten Disziplinen vertreten sein, um eine angemessene
47 Beratung garantieren zu können. Da die Operationen und Behandlungen meist von
48 Mediziner_innen in Krankenhäusern vorgenommen wurden, ist eine unabhängige Instanz für
49 die unvoreingenommene Beratung wichtig. Eine altersgerechte Aufklärung ist dabei besonders
50 wichtig. Viele Kinder werden im Unklaren über ihre Besonderheit gelassen und es wird
51 versucht, dass sie sich durch die Erziehung einem Geschlecht anpassen.

1 Beschluss: C2
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress
4
5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
6

7 **Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen**

8

9 Wir Jusos fordern, dass postkoitale hormonelle Verhütungsmittel in Deutschland rezeptfrei
10 erhältlich sein sollen. Statt der Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht gelten.
11 Außerdem sollen Apotheker_innen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für
12 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und
13 Nebenwirkungen aufzuklären und eine nachträgliche Untersuchung bei einem Gynäkologen
14 bzw. einer Gynäkologin empfehlen. Der/die das Medikament aushändigende Apotheker_in hat
15 über die allgemeine Aufklärung bzgl. Risiken und Nebenwirkungen hinaus, dezidiert bzgl. der
16 Patientin die Zugehörigkeit zu den verbreitetsten und gefährdetsten Risikogruppen zu erfragen.
17 Im Zweifelsfall hat er/sie die Patientin an einen Arzt/eine Ärztin zu verweisen und das
18 Medikament vorerst nicht auszuhändigen.
19

20 **Begründung:**

21

22 Während mittlerweile in fast allen europäischen Ländern postkoitale Verhütungsmittel,
23 insbesondere Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich sind, fallen diese in Deutschland nach wie vor
24 unter die Verschreibungspflicht. Der zuständige Ausschuss des Bundesinstituts für
25 Arzneimittel und Medizinprodukte hat sich bereits 2004 offen für die Aufhebung dieser Pflicht
26 ausgesprochen hat. Uns ist bewusst, dass die „Pille danach“ mit schwerwiegenden
27 Nebenwirkungen verbunden ist, jedoch ist es unserer Meinung nach für deren Wirkung
28 hinderlich, die Einnahmezeit durch die Notwendigkeit eines Rezepts hinauszuzögern.
29 Schließlich, so zeigen Studien, ist das Medikament umso wirkungsvoller, je kürzer es nach dem
30 Koitus eingenommen wird. Innerhalb von 24 Stunden beträgt die Wahrscheinlichkeit
31 ungewollt schwanger zu werden, lediglich 0,4 %. Auch die Weltgesundheitsorganisation
32 bestätigt, dass es sinnvoller sei die „Pille danach“ so zeitnah wie möglich einzunehmen.
33 Die Nebenwirkungen des Medikaments sind allerdings derart stark, dass es durch Aufheben
34 der Verschreibungspflicht nicht zu einem „Routine-Verhütungsmittel“ werden würde. Dies
35 zeigen auch die Erfahrungen der EU-Länder, in denen Levonorgestrel rezeptfrei erhältlich ist.
36 Des Weiteren nimmt die Wirkung der „Pille danach“ durch mehrmalige Anwendung ab.
37 Als ein Argument für die Verschreibungspflicht wird angeführt, dass das Verhütungsmittel
38 einen gravierenden Eingriff in den weiblichen Körper vornehmen würde und demnach die
39 Verbraucherin vor Einnahme über mögliche Risiken und Nebenwirkungen informiert werden
40 muss. Dies soll von einem Gynäkologen bzw. einer Gynäkologin vorgenommen werden.
41 Erwiesenermaßen nimmt die Wirkung dieses Medikamentes jedoch mit zunehmender Länge
42 des Zeitraums zwischen Koitus und Einnahme ab. Demzufolge gestaltet es sich als
43 problematisch, diesen Zeitraum durch den Sprechstundenbesuch einer Ärztin bzw. eines Arztes
44 unnötig in die Länge zu ziehen. Wir sehen die Wichtigkeit der Aufklärung über Risiken und
45 Nebenwirkungen zwar gegeben, denken jedoch, dass dies im Sexualkundeunterricht
46 geschehen soll. Auch Apotheker_innen sind hierbei zur Aufklärung infolge des
47 Selbstbedienungsverbots verpflichtet. Letztlich ist es sinnvoller, eine Gynäkologin bzw. einen
48 Gynäkologen nach der Einnahme aufzusuchen, als vorher.
49
50

1 Beschluss: C3
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag,
4 Juso-Bundeskongress
5

6 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
7

8 **Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht** 9

10 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bei Personen, deren Geschlecht nicht eindeutig festgestellt
11 werden kann, ein provisorischer Geschlechtseintrag im Personenstandsregister erfolgt. Ab
12 Erreichen der Einwilligungsfähigkeit kann die betreffende Person eine Änderung des
13 eingetragenen Geschlechts und/oder Vornamens per Willenserklärung erwirken. Entsprechend
14 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5.12.2008 sind geschlechtsneutrale Vornamen
15 generell zu ermöglichen.
16

17 Für den Geschlechtseintrag wird als dritte Option „nicht zugeordnet“ eingeführt.
18

19 Entsprechend notwendige gesetzliche Folgeregelungen sind zu treffen.
20

21 **Begründung:** 22

23 Der Begriff der Intersexualität bezieht sich auf Menschen, die sich aufgrund von körperlichen
24 Besonderheiten nicht eindeutig in das binäre Geschlechtssystem männlich/weiblich einordnen
25 lassen. Dabei bleibt offen ob es sich um ein drittes Geschlecht handelt oder ob die Zuordnung
26 nicht festgelegt oder festlegbar ist.
27

28 Wie der Ethikrat in seiner Stellungnahme 2011 feststellte, stellt es einen Eingriff in das
29 Persönlichkeitsrecht und das Recht auf Gleichbehandlung dar, wenn Menschen gezwungen
30 werden, sich im Personenstandsregister in eine der Kategorien männlich/weiblich
31 einzuordnen, obwohl sie dies nicht für sich können.
32

33 Eine Einordnung aller Menschen in männlich/weiblich ist nur bequem. Intersexuelle Menschen
34 müssen als Teil der gesellschaftlichen Vielfalt aber Respekt und Unterstützung von dieser
35 erfahren. Dafür ist es notwendig, dass ihr Status anerkannt wird. Mit der Anerkennung des
36 Satus folgt auch die Konsequenz, dass sie nicht gezwungen werden können sich, in
37 männlich/weiblich einzuordnen.
38

39 Diese Möglichkeit der Nicht-Zuordnung würde zur Aufklärung, Enttabuisierung, Schaffung von
40 Öffentlichkeit und Sichtbarkeit der Intersexualität beitragen.
41
42

1 Beschluss: C4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

4

5

Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen

6

7 Der Kampf gegen Rechts erfordert eine breite gesellschaftliche Offensive und alle zur
8 Verfügung stehenden rechtsstaatlichen und demokratischen Mittel. Dabei dürfen die Frauen,
9 die für rechtsextreme Einstellungen und Ideologien nicht weniger anfällig sind als Männer,
10 nicht weiter unterschätzt und ignoriert werden. Bereits heute sind 22 Prozent der NPD-
11 Mitglieder weiblich, Tendenz steigend. Sie treiben die menschenverachtende Ideologie
12 aktiv voran und beteiligen sich an Aktionen, Kampagnen und Straftaten.

13

14 Der geschlechterbewusste Umgang mit Rechtsextremismus ist Grundlage für die effektive
15 Präventionsarbeit, Aufklärung und den Kampf gegen Rechts.

16

17 Damit die rechte Strategie der kommunalen Verankerung nicht von Erfolg gekrönt ist, müssen
18 einerseits die sog. „deutungsmächtigen lokalen Akteure“, wie Bürgermeister_innen,
19 Vertreter_innen der Kommunalverwaltung und -politik sowie Verantwortungsträger_innen bei
20 der Polizei, in der Kirche, von Vereinen und in der Jugendarbeit über das Auftreten und die
21 Situation von Frauen in der Neonazi-Szene aufgeklärt werden. Auch Lehrer und Lehrerinnen
22 müssen für dieses Thema sensibilisiert werden. Darüber hinaus muss es Eingang in die
23 Rahmenlehrpläne und pädagogischen Richtlinien finden.

24

25 Für Frauen und Mädchen müssen spezielle Angebote der Jugend- und Sozialarbeit entwickelt
26 werden, sie brauchen speziell auf sie abgestimmte Ausstiegsprogramme, da die bislang
27 existierenden Programme fast ausschließlich auf Männer zugeschnitten sind.

28

Begründung:

29

30

31 Frauen werden als politische Akteurinnen häufig weniger wahr und ernst genommen, auch in
32 den gesellschaftlichen Debatten und der medialen Darstellung sind sie kaum präsent. Dabei
33 haben Frauen in der rechtsextremen Szene in den letzten Jahren stetig an Einfluss gewonnen:
34 Sie bringen sich immer häufiger aktiv und offensiv ein. Gerade beim sog. „Kampf um die Mitte“
35 setzen rechtsextreme Parteien ganz bewusst auf Frauen. Sie sollen als Teil der rechten
36 Strategie der Unterwanderung der Zivilgesellschaft sollen Vereine und Bürgerinitiativen
37 übernehmen, sich in Elternvertretungen einbringen oder in Schulen und KiTas tätig werden.

38

39

1 Beschluss: C5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-
4 Bundestagsfraktion

5

6

Überwachung islamfeindlicher und rassistischer Hetze auf PI

7

8 Eine konsequente Überwachung des Blogs "Politically Incorrect" und der damit in Verbindung
9 stehenden Akteure durch die Verfassungsschutzämter von Bund und Land ist umzusetzen

10

Begründung:

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

Seit dem Anschlägen in Oslo und Utoya im Sommer 2011 ist das Phänomen des antiislamisch
motivierter Terrorismus gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ nicht nur in weiten Teilen der
Bevölkerung bekannt, auch der Verfassungsschutz beginnt seither zunehmend zu realisieren,
dass es eine Art Netzwerk zwischen realen Gruppen und verschiedenen islamophoben
Websites gibt.
Die Anschläge haben gezeigt, dass rechtsextreme Gewalt nicht nur von subkulturell geprägten
„klassischen“ Neonazis ausgeht, sondern auch von Personen aus bürgerlichem Umfeld.
Bisher hat lediglich der Verfassungsschutz in Hamburg vor über einem Jahr angegeben, zu
überprüfen ob eine Überwachung islamfeindlicher Webseiten notwendig ist, gibt es bisher
keine Anzeichen dafür, dass die Überwachung erfolgt.
Um das große Potential des „bürgerlich-biedereren“ Rassismus und dem daraus zu erwartendem
Handeln besser einschätzen zu können, ist eine Überwachung dringend notwendig.

1 Beschluss: C6

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

4

5 **RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner**
6 **Opfer endlich umsetzen**

7

8 Die Bundesregierung wird aufgefordert, die RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des
9 Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich in nationales Recht umzusetzen, um
10 den Menschenhandel in der Bundesrepublik aktiv und effektiver bekämpfen zu können und die
11 Rechte der Opfer zu stärken.

12

13 **Begründung:**

14

15 In der Europäischen Union werden laut einer umfassenden EU-Studie zum Thema
16 Menschenhandel immer mehr Menschen als Prostituierte oder Zwangsarbeiter ausgebeutet.
17 Laut der Studie ist die offizielle Zahl der Opfer von Menschenhandel in den 24 EU-Ländern
18 zwischen 2008 und 2010 um 18 Prozent von 6.309 auf 7.418 pro Jahr gestiegen. Einschließlich
19 der Mitgliedsländer, deren Daten 2008 nicht vorlagen, waren es 2010 sogar 9.528 Fälle.

20

21 Zwischen 2008 und 2010 wurden damit in der EU insgesamt 23.623 Opfer von Menschenhandel
22 registriert. 68 Prozent waren Frauen, zwölf Prozent Mädchen, 17 Prozent Männer und drei
23 Prozent Jungen. Zwei von drei Betroffenen wurden laut der Studie zur Prostitution gezwungen.
24 Obwohl immer mehr Menschen Opfer von Menschenhandel werden, ist die Zahl der
25 verurteilten Menschenhändler im untersuchten Zeitraum von 1534 im Jahr 2008 auf 1339 im
26 Jahr 2010 gesunken, das entspricht 13 Prozent. In Deutschland gingen die Verurteilungen sogar
27 um 15 Prozent zurück, von 155 auf 131.

28

29 Trotz dieser alarmierenden Zahlen hat die Bundesrepublik Deutschland die EU-Richtlinie gegen
30 Menschenhandel vom März 2011 bislang nicht umgesetzt, weil sich Union und FDP nicht auf ein
31 schärferes Strafrecht einigen konnten. Diese sieht vor, den Menschenhandel effektiver zu
32 bekämpfen und die Rechte der Opfer zu stärken. Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie RL
33 2011/36/EU in nationales Recht endete im April 2013.

34

35

1 Beschluss: C15
2
3 Beschlusssteller: Jusos Harz und Jusos Jerichower Land
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag; SPD
6 Bundestagsfraktion;
7

8 Der nächste SPD-Landesparteitag möge beschließen:
9

10 **Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen**

11
12 Wir fordern, dass die neutrale Übermittlung von Daten im Internet, das bedeutet eine
13 gleichberechtigte Übertragung aller Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen,
14 welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben, gesetzlich
15 festgeschrieben wird.
16

17 **Begründung:**

18
19 Das Thema Netzneutralität gehört derzeit zu einem der bedeutendsten und gleichzeitig zu
20 einem der am wenigsten beachteten Themen der Politik. Während viele Netzbetreiber schon
21 Nägel mit Köpfen machen und das Prinzip eines freien und barrierefreien Internets in Frage
22 stellen, sieht der Gesetzgeber weiterhin tatenlos zu.
23

24 Die Gewährleistung der Netzneutralität ist insbesondere aus folgenden Gründen unabdingbar:

25
26 Erst durch eine Gleichbehandlung aller Datenpakete wird das Recht auf Informations- und
27 Meinungsfreiheit im Internet gewährt. Es darf nicht akzeptiert werden, dass die großen
28 Netzbetreiber entscheiden können, wer was zu welchem Zeitpunkt im Internet zu sehen
29 bekommt.
30

31 Die Verbreitung von freiem Wissen, Demokratie und Teilhabe wird erst durch Netzneutralität
32 gewährleistet. Projekte wie Wikipedia oder unabhängige Blogs müssen denselben Zugang zum
33 Netz bekommen, wie große Medienkonzerne. Andernfalls würde im Internet nur noch gehört,
34 wer genug Geld hat, um für die schnelle Verbreitung seiner Meinung zu zahlen.
35

36 Ohne eine neutrale Übermittlung von Datenpaketen würde Überwachung zum Alltag eines
37 jeden Internetnutzers. Schließlich müssen Anbieter in jedes Datenpaket hineinschauen, wenn
38 sie diese unterschiedlich behandeln wollen. Damit würden die Provider jede Website, jede E-
39 Mail und jede Chat-Nachricht mitlesen.
40

41 Netzneutralität zwingt die Netzbetreiber zu Investitionen in moderne Netzinfrastruktur, weil
42 sie nur so Engpässe beseitigen können. Ohne Netzneutralität
43 werden Engpässe bei veralteter Infrastruktur einfach durch das Ausbremsen
44 einzelner Dienste beseitigt und Investitionen aufgeschoben.
45

46 Aus diesen und noch zahlreichen anderen Gründen muss der Gesetzgeber aktiv werden und
47 das Internet vor den monetären Interessen der Netzbetreiber schützen.
48
49

1 Beschluss: C23

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;
4 SPD-Landtagsfraktion

5

6

Verschlinkung der Landesverwaltung auf Ministeriumsebene prüfen

7

8 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, prüfen zu lassen, inwieweit sich signifikante
9 Einspareffekte auf der Ebene der Ministerien in Sachsen-Anhalt erzielen lassen, ohne die
10 Bewältigung der Aufgaben zu gefährden. Folgende Bereiche sollen dabei insbesondere auf den
11 Prüfstand kommen: die Anzahl der Ministerien, die Anzahl der Staatssekretäre, die
12 Staatskanzlei.

13

Begründung:

14

15

16 Laut einer Analyse des Finanzministeriums gibt Sachsen-Anhalt zu viel für die öffentliche
17 Verwaltung aus. So wird der Finanzminister folgendermaßen von der Mitteldeutschen Zeitung
18 am 19. März 2013 zitiert: „Verschuldung und Zinslast sind [...] Ergebnis überdurchschnittlich
19 kostenintensiver Strukturen im Land und damit ausschließlich hausgemacht“. Zu diesem
20 Schluss kommt das Finanzministerium auf der Basis von Ländervergleichen. Dabei wurde aber
21 nicht berücksichtigt, dass ein reiner Vergleich der Strukturen bei gleichzeitiger
22 Vernachlässigung der von diesen Strukturen zu bewältigenden Problemen kein sinnvoller
23 Vergleich ist. Pauschal ist der Schlussfolgerung des Ministeriums, man müsse weiter Personal
24 im großen Stil abbauen, so nicht zuzustimmen. Insbesondere im Bildungsbereich ist, im
25 Gegenteil, ein Personalaufwuchs politisch geboten, um die im Land bestehenden
26 Herausforderungen bewältigen zu können. Dennoch ist in einem Land mit bald nur noch zwei
27 Millionen Einwohnern regelmäßig die Größe der Landesverwaltung zu hinterfragen und seriös
28 zu überprüfen. Es wird deshalb vorgeschlagen, auf der Ebene der Ministeriumsstruktur damit
29 zu beginnen.

30

31

1 Beschluss: C25
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;
4 SPD-Landtagsfraktion
5

6 **Kürzen allein ist noch keine Politik –**
7 **Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden!**
8 **Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis**
9 **der SPD Sachsen-Anhalt**
10

11 Das im europäischen Vergleich wirtschaftlich prosperierende Deutschland hat sich dem
12 Kürzungsdiktat unterworfen: dem Grundsatz eines „schlanken“ Staates, der nur noch in
13 wenigen gesellschaftlichen Bereichen aktiv ist und sich mehr und mehr aus der Finanzierung
14 der Gemeinschaft zurück zieht. Manifeste Ausdruck dieser Grundhaltung ist die Verankerung
15 der Schuldenbremse, die vor allem den Bundesländern und in der Folge den Kommunen
16 oktroyiert, praktisch nur so viel auszugeben wie eingenommen wird. Dieser Ansatz ist zwar
17 grundsätzlich begrüßenswert, erweist sich jedoch angesichts der jahrzehntelangen
18 destruktiven Einnahmen- und Ausgabenpolitik als desaströser Fehlschluss: Die Einnahmen
19 wurden dem Bedarf nicht angemessen angepasst und können so jene stetig steigenden
20 Ausgaben, zu denen wir uns als Gesellschaft politisch verpflichtet haben, nicht mehr decken.
21 Auch wurde ein Schuldenberg, der nur noch theoretisch abbaubar ist, angehäuft. Damit
22 werden wichtige staatliche und somit gesellschaftliche Investitionen verhindert: Man nehme
23 allein die Unterfinanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur, in die jährlich bestenfalls
24 fünf statt der benötigten 13 Milliarden Euro investiert werden oder den Bildungsbereich mit
25 einer jährlichen Unterfinanzierung von schätzungsweise 56 Milliarden Euro.
26

27 **Die Schuldenbremse generiert Verschuldung**

28 Verantwortlich für die Kluft zwischen Einnahmen und den eigentlich zu finanzierenden
29 Aufgaben ist vor allem die aktuelle Steuerpraxis, die durch die Bevorteilung höherer
30 Einkommen und Vermögen nicht genügend Einnahmen für die Gemeinschaft generiert. In der
31 Folge werden wichtige Aufgaben nicht erledigt und notwendige Investitionen werden in die
32 Zukunft verschoben. Bund, Länder und Kommunen leben von der nicht mehr nur
33 sprichwörtlich bröckelnden Substanz. Somit passiert genau das, was die Schuldenbremse zu
34 verhindern vorgibt: Die Lasten werden auf die nächsten Generationen übertragen. Statt
35 Verschuldung nachhaltig zu verhindern, wird das Fundament für eine zukünftige Verschuldung
36 gelegt.

37 Während die aktuelle Schuldenlast objektiv annähernd exakt anhand des Schuldenstandes zu
38 beziffern ist, lassen sich negative Folgen aktueller Versäumnisse für die Zukunft ungleich
39 schwerer darstellen. Meist erfolgt dies über den aktuellen Investitionsstau, der aber nur ein
40 ungefähres Bild zukünftiger Ausgaben abgeben kann, da er keine Kostensteigerung
41 berücksichtigt ebenso wenig wie die Verluste durch die Verwahrlosung öffentlichen
42 Eigentums. Solche Kosten werden also dann erst offenbar, wenn die aktuell politisch
43 Handelnden nicht mehr im Amt sind, weshalb es politisch bequemer – wenngleich
44 anspruchsloser – ist, sich am aktuellen Schuldenstand zu orientieren.

45 Negative Sekundärfolgen, die sich aus der mangelhaften Finanzierung der Gemeinschaft
46 ergeben, lassen sich ungleich schwerer abschätzen, als es bei den Primärfolgen des
47 allgegenwärtigen Investitionsstaus ohnehin der Fall ist: Der Schaden an einem Gebäude oder
48 einer Straße lässt sich leicht beziffern, während die immer zahlreicher auftretenden Schäden
49 an den Lebensläufen der Bevölkerung menschlich wie ökonomisch kaum zu erfassen sind:
50 Psychische sowie psychosomatische Erkrankungen als Folgen des Leistungsdrucks im
51 schulischen wie beruflichen Bereich nehmen stetig zu. Falsche Weichenstellungen, soziale
52 Selektion und Kostendruck im Bildungswesen produzieren alljährlich eine enorme Zahl von
53 gescheiterten Bildungskarrieren und vernichten somit wichtiges Potenzial. Dahinter stehen
54 Menschen, die keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt finden und somit zur Unterstützung der
55 Gemeinschaft nicht zur Verfügung stehen.
56

1 **Politik braucht inhaltliche Zielsetzungen**

2 Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verantwortungsvolle, gemeinwohlorientierte Politik,
3 welche auf Basis eines ausgeglichenen Haushalts die Bewahrung der Gemeinschaft und ihrer
4 Güter über die folgenden Legislaturperioden hinaus sowie die fortlaufende Anpassung unserer
5 Organisation des Zusammenlebens an die gesellschaftliche Entwicklung. Politische Ziele
6 müssen somit insbesondere inhaltlich definiert und mitnichten allein am Stand der Schulden
7 ausgerichtet werden. Das Land Sachsen-Anhalt braucht unseres Erachtens eine klare
8 Vorstellung von seiner eigenen Zukunft. Dafür bedarf es wohlformulierter, überprüfbarer
9 politischer Zielsetzungen, anhand derer politisches Handeln zur Umsetzung dieser Ziele
10 abzuleiten ist.

11 Die wirtschaftlich-historisch bedingte starke Zersiedelung und das reichhaltige kulturelle Erbe
12 sind Reichtum wie Last für den stetig schrumpfenden Haushalt von Sachsen-Anhalt. Solange
13 auf der Bundesebene keine Entscheidungen zur besseren finanziellen Ausstattung der Länder
14 getroffen werden, bleibt dem Land nur eine Schwerpunktsetzung, um sich eine minimale
15 politische Handlungsfähigkeit zu erhalten und das Land auf absehbare Zeit überlebensfähig zu
16 halten.

17

18 **Unsere politischen Schwerpunkte sind:**

19

20 **Bildungs- und Familienpolitik.** Sachsen-Anhalt gehört zu jenen Bundesländern, die mit großen
21 sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben. Überdurchschnittlich viele Kinder wachsen hier in
22 Familien auf, die nicht allein für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, viele von ihnen
23 bereits in zweiter und dritter Generation. Eine politische Schlussfolgerung sollte demzufolge
24 sein, dass im Bildungswesen – also jener Struktur, die Menschen aus der sozialen
25 Benachteiligung herausholen soll – überdurchschnittlich viel Geld ausgegeben werden muss,
26 um dieser Schieflage mittelfristig entgegenwirken zu können. Prävention über Bildung ist hier
27 unsere Devise! Das fängt in der Kindertagesstätte an und hört bei Berufsausbildung und
28 Hochschulen auf.

29 Weitere einschneidende Kürzungen kommen für uns insbesondere im Hochschulbereich nicht
30 infrage. Denn selbst bei vorsichtigen Hochrechnungen kann man hier von einer Minderung der
31 Wertschöpfung im hohen dreistelligen Millionenbereich ausgehen. Dies würde unweigerlich
32 sowohl zu massiven steuerlichen Mindereinnahmen, als auch zu einer Belastung der
33 Sozialversicherungssysteme führen. Hier spielen auch absehbare wirtschaftliche Schäden für
34 Einzelhandel, ÖPNV, Daseinsvorsorgebetriebe etc. mit hinein. Äußerst kurzfristige
35 Konsolidierungseffekte dürften somit schon bald durch Einbrüche bei den Einnahmen des
36 Landes konterkariert werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung lässt sich damit nach
37 unserem Verständnis nicht erreichen.

38 Sachsen-Anhalt ist schon jetzt ein guter Ausbildungsort für viele junge Menschen aus ganz
39 Deutschland und der Welt. Dies ist ein enormer Schatz. Nicht nur weil junge Menschen in ein
40 ansonsten von der demografischen Entwicklung benachteiligtes Land frischen Wind
41 mitbringen, sondern weil sie hier leben, kreatives Potenzial entwickeln, Ideen und Produkte für
42 morgen kreieren. Nicht zuletzt sind sie auch – das wurde mittlerweile vielfach belegt – ein
43 enormer, nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.

44 **Nachhaltige, umweltgerechte Wirtschaftspolitik.** Bei allem Fortschritt der letzten Jahre ist
45 Sachsen-Anhalt immer noch ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land, wenngleich es
46 gelungen ist, einige zukunftsfähige Industriezweige zu etablieren, die es weiter zu stärken gilt.
47 So ist Sachsen-Anhalt trotz der Rückschläge in der Solar-Branche ein Land der erneuerbaren
48 Energien. Gelingt es Sachsen-Anhalt, Bildung als wesentlichen Standortfaktor zu begreifen, die
49 Bedingungen dafür zu verbessern und die schlaun Köpfe nach Sachsen-Anhalt zu holen und
50 durch entsprechende Forschungs- Technologie-, Förder- und Standortpolitik auch Ergebnisse
51 dieser Forschung, beispielsweise neue Produkte und Produktionsweisen im Land zur
52 Anwendung zu bringen, dann gibt es gute Aussichten, den Bevölkerungsschwund zu stoppen
53 und wieder Zuwächse zu verzeichnen.

54 Die bestehenden Forschungseinrichtungen leisten bereits gute Arbeit, aber insbesondere bei
55 der Etablierung bzw. industriellen Anwendung von Forschungsergebnissen gibt es noch großes
56 Potential. Da in Sachsen-Anhalt keine Großunternehmen oder kaum größere mittelständische

1 Unternehmen ihren Sitz oder ihre Forschungseinrichtungen haben, fehlt insbesondere das
2 Kapital um Forschungsergebnisse der industriellen Nutzung zuzuführen. Aber genau diese
3 Erschließung von Technologien kann einen langfristigen und erfolgreichen Beitrag zur
4 Industrialisierung Sachsen-Anhalts leisten. Daher ist das Land gut beraten, in die Förderung
5 von Forschung und insbesondere in die Implementierung von Technologien zu investieren. Der
6 Wandel wird jedoch nur dann eintreten, wenn Sachsen-Anhalt seinen Status als
7 Niedriglohnland mit vielen prekären Beschäftigungsverhältnissen überwindet. Ohne gut
8 bezahlte Arbeitsplätze, von denen Menschen, insbesondere Familien leben können, wird sich
9 die demografische wie soziale Abwärtsspirale weiter drehen.

10 **Starke regionale Zentren für ein starkes Land.** Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit großen
11 Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte. Es ist bereits jetzt überdurchschnittlich stark vom in
12 den meisten Industriestaaten zu beobachtenden Bevölkerungsrückgang betroffen und von der
13 Überalterung der Bevölkerung bedroht. Wie wir das Land heute kennen, wird es in 50 Jahren
14 nicht mehr sein. Ländliche Regionen werden noch weniger besiedelt sein, die Bevölkerung wird
15 sich stärker auf die Zentren konzentrieren. Dies gilt es bereits in der heutigen Politik zu
16 berücksichtigen. Ganz unaufgeregt müssen wir hier Antworten auf die Fragen finden, die der
17 Bevölkerungsschwund für unser Land mit sich bringt. Ein „weiter so“ ist jetzt schon nicht mehr
18 möglich, doch Alternativen gibt es viele. Doch alle bisherigen Szenarien weisen auf einen
19 Kernpunkt hin, den diese Alternativen berücksichtigen müssen: Nur die Zentren haben noch
20 die Kraft, das Land auf Dauer und mit Nachdruck zu stärken. Sie müssen deshalb gemeinsam
21 mit den sie umgebenden Kernregionen bevorzugt und besonders gefördert werden.

Druck auf Bundesebene für eine bessere Steuerpolitik:

25 Wollen wir für die Politik in unserem Land und unseren Kommunen mehr Spielräume erhalten,
26 so muss die Steuerpolitik auf Bundesebene geändert werden. Wir brauchen eine Reform der
27 Länder- und Kommunalfinanzen. In unserem föderalen System haben die Bundesländer
28 ausreichend Möglichkeiten für entsprechende Gesetzesinitiativen auf Bundesebene. Daher ist
29 die Landesregierung in der Pflicht, hier aktiv zu werden.

30 Ein wesentliches Mittel, die Gesellschaft und die Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen
31 Aufgaben zu stärken, ist die Herstellung von Steuergerechtigkeit und somit die stärkere
32 Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen. Die Beendigung der unterschiedlichen
33 Besteuerung von Lohn- und Kapitaleinkünften ist hier nur ein Beispiel. Weiterhin ist es
34 unabdingbar, dass die Möglichkeiten der Steuervermeidung und -verringerung minimiert
35 werden. Hier gibt es noch ausreichend Möglichkeiten, die der Gesetzgeber bislang nicht
36 ausgeschöpft hat. Die Angliederung der Steuerfahndung an die Bundesebene wäre ein erster
37 wichtiger Schritt.

38 Die Änderung der Steuerpolitik muss vor allem den Kommunen zugute kommen, denn hier
39 merken die BürgerInnen zuallererst die dramatische Unterfinanzierung öffentlicher
40 Gemeinschaftsausgaben, sei es bei der kommunalen Infrastruktur (insbesondere im
41 Verkehrswesen und im Bildungsbereich) oder beim schleichenden Abbau über Jahrhunderte
42 aufgebauter kultureller Errungenschaften. Die kommunalen Räte verkommen so immer mehr
43 zu reinen Kürzungsgremien mit immer kleineren Gestaltungsspielräumen. Dies unterhöhlt
44 unsere Demokratie.

45 Da das Land hier nicht allein entscheiden kann, sondern nur in Zusammenarbeit mit den
46 anderen Bundesländern und idealerweise unterstützt durch den Bundestag, wird dieser Weg
47 Zeit brauchen. Zeit, die das Land bei vielen aktuell anstehenden Problemen kaum noch hat.
48 Gerade deshalb müssen alle finanzpolitischen Entscheidungen jetzt behutsam getroffen
49 werden, das heißt mit Blick darauf, welche mittel- und langfristigen Folgen sie mit sich bringen.

Wir stellen an diese und künftige Landesregierungen folgende Ansprüche:

- 53 • Finanzpolitik an den politischen Zielstellungen auszurichten, und nicht ausschließlich
54 an fiskalischen Kürzungszwängen. Kürzungen mit der „Rasenmäher-Methode“ sind
55 demnach auszuschließen;
- 56 • in diesem Zusammenhang alle geplanten Kürzungen daraufhin zu evaluieren,

1 inwiefern sie tatsächlich zu längerfristigen positiven Haushaltseffekten führen und
2 nicht den Weg für weitere Einnahmerückgänge durch Folgeprobleme bereiten;

- 3 • alle fiskalischen Spielräume zu nutzen, um Kürzungen in Bereichen, die für die
4 zukünftige Stärke des Landes unabdingbar sind, so gering wie möglich zu halten;
- 5 • eine Initiative auf Bundesebene zur Verbesserung der Einnahmesituation von Ländern
6 und Kommunen durch eine veränderte Steuerpolitik zu starten;
- 7 •

9 **Anlagen:**

10 - **Zur Kritik an der schwindenden Finanzierungsbasis des Staates:**

11 „Untersuchungen haben vielfach gezeigt, daß der Erfolg von Steuererhebungen als
12 Finanzierungsbasis für öffentliche Dienste nicht nur vom administrativen
13 Durchsetzungspotential abhängt, sondern viel stärker von der Legitimationsbasis des Staates
14 selbst [...]. Verfügt der Staat nicht über die Fähigkeit, seine öffentlichen Dienste qualitativ
15 anzubieten, verringert sich die Bereitschaft auf Besteuerung, worauf wiederum erst die
16 finanzielle Basis und dann die Qualität der öffentlichen Leistung abnimmt. Dieser Circulus
17 vitiosus ist in vielen Transformationsländern die Ursache für die Verlotterung staatlicher
18 Gesundheits- und Bildungssysteme sowie die Privatisierung öffentlicher Dienste, die
19 letztendlich zur Quelle sozialer Ungleichheit werden.“ (Burchardt, Hans Jürgen 2004,
20 Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart, Seite 187f).

21 - **Investitionsstau Verkehrsinfrastruktur:**

22 [http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-in-deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)
23 [deutschland-bedarf-und-finanzierung/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)
24 [landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen](http://www.promobilitaet.de/themen-positionen-forderungen/verkehrsinfrastruktur-kommunale-strassen-und-landesstrassen/investitionsstau-bei-kommunalen-verkehrswegen)
25 zuletzt abgerufen am 21.04.2013

26 - **Unterfinanzierung Bildungssystem:**

27 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert.
28 Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen
29 Bildungssystems, Frankfurt a. M. 2011 S. 114.

30 - **Wertschöpfungsminderung durch Kürzungen im Hochschulbereich:**

31 Nach Friedrich/Rahmig (2013) „Die Universität Halle als hochrangiger regionaler
32 Wirtschaftsfaktor“ verausgaben die Universität (inkl. Medizin), die Studierenden und das
33 Studentenwerk 506 Mio € (S. 34). Weiterhin sorgen sie für ein zusätzliches induziertes
34 Einkommen von 198 Mio € (S.36). Damit sorgt die Universität für direkte und indirekte
35 Ausgaben in Höhe von 704 Mio €. Diese Summen würden bei knapp 20.000 Studierenden
36 erreicht.

37 - **Sachsen-Anhalt als Niedriglohnland:**

38 [http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-](http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html)
39 [loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html](http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html)
40 zuletzt abgerufen am 21.04.2013

41 - **Oberzentren und deren Regionen als Zugtiere:**

42 z.B. Nationalatlas des Leibniz-Instituts für Länderkunde 2/2008. Raummuster der
43 Bevölkerungsentwicklung 2000-2008: Wachstumsregionen haben Großstädte als
44 Ankerpunkt und das Umland profitiert davon. Selbst Mittel- und Kleinstädte besäßen nicht
45 mehr genügend Anziehungskraft um den Negativtrend zu stoppen.

1 Beschluss: D1

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

4

5

Rentenversicherung bei Minijobs

6

7 Wir fordern, dass der Arbeitnehmerin / dem Arbeitnehmer der Rentenanspruch aus den im
8 Rahmen eines Minijobs pauschal gezahlten Rentenversicherungsbeiträgen angerechnet wird,
9 unabhängig davon, ob er den persönlichen Aufstockungsbetrag bezahlt oder nicht.

10

Begründung:

11

12
13 Zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich über Jahre hinweg in sogenannten
14 Minijobs befinden, sammeln keinerlei Rentenansprüche an, sofern sie sich nicht freiwillig für
15 eine Aufstockung des Rentenbeitrags entscheiden. Gezahlte Rentenbeiträge werden somit
16 nicht dem/der ArbeitnehmerIn zugeschrieben, der/die diese erarbeitet hat.

17 Diese gesetzliche Bestimmung ist dem Beitragsleistenden gegenüber ungerecht und verschärft
18 zudem das Problem der Altersarmut. Folglich muss ein Anspruch aus den gezahlten Beiträgen
19 für alle Einzahler gewährleistet werden.

20

21

1 Beschluss: D2
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD Landesparteitag
4

5 Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt 6

7 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt. Die
8 neue Pflegekammer soll als Kommunikationsplattform für alle Berufsangehörigen errichtet
9 werden. Allen übrigen Interessenvertretern soll ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Auf
10 gemeinsamen Sitzungen sollen einheitliche Bildungsangebote für Pflegekräfte geschaffen
11 werden. Außerdem soll eine dauerhafte Beratungsstelle für berufsspezifische
12 Arbeitnehmerfragen eingerichtet werden. Als neugeschaffene Institution soll die
13 Pflegekammer die Interessen der Pflegeberufe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
14 stärker nach außen vertreten. Die Finanzierung soll durch einen einkommensabhängigen
15 Pflichtbeitrag gewährleistet werden, welcher von jedem Angehörigen der pflegenden Berufe
16 erhoben wird. Zudem ist eine ergänzende Finanzierung durch die Arbeitgeber zu prüfen, die
17 ebenso von gut qualifiziertem und motiviertem Pflegepersonal profitieren.
18

19 **Begründung:**

20
21 Das Land Rheinland-Pfalz hat in einer aktuellen Umfrage seine Pflegekräfte über die
22 Einführung einer Pflegekammer abstimmen lassen. Am 28.03.2013 wurde das Ergebnis
23 vorgestellt: 75 % der mehr als 7.000 Befragten haben sich für die Pflegekammer ausgesprochen.
24 Auch andere, bundesweite Umfragen haben ergeben, dass in den Pflegeberufen ein
25 mehrheitlicher Wille der Einführung einer Pflegekammer und damit auch die Bereitschaft der
26 Zahlung eines Pflichtbeitrages bestehen.
27 Zwar kann eine solche Kammer weder über Entlohnung noch Ausbildung der Pflegekräfte
28 bestimmen – hierfür sind u.a. die Gewerkschaften zuständig. Kommunikation, Weiterbildung,
29 Beratung und Interessenvertretung sind jedoch Vorteile der Pflegekammern, für die die
30 Pflegekräfte bereit sind, einen Pflichtbeitrag zu leisten.
31 Die Berufsangehörigen fordern Pflegekammern, die die Aufgabe der Regelung, Überwachung
32 und Anerkennung der beruflichen Fort- und Weiterbildungen übernehmen. Darüber hinaus soll
33 die Pflegekammer einheitliche Leitlinien oder Rahmenpläne bereitstellen, die die Ausbildungen
34 innerhalb des Bundeslandes vergleichbar machen. Außerdem sollen die Kammern als
35 Ansprech- und Beratungspartner des Gesetz- und Verordnungsgebers dienen. Schließlich muss
36 die Kammer als Schiedsstelle fungieren und soll eine Berufsethik erarbeiten und diese
37 auch durchsetzen.
38 Da die Pflegekammern von der Mehrheit der Betroffenen gewünscht ist und auch finanziell
39 getragen wird, muss der Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt zugestimmt
40 werden.
41

42

1 Beschluss: D4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

4

5

Ausweitung der Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung

6

7 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Einzahlungspflicht in die gesetzliche Rentenversicherung
8 auf Beamte, Abgeordnete und selbstständig Tätige ausgeweitet wird. Um den Fortbestand von
9 Einzelunternehmen und Kleinstbetrieben zu schützen und um Geringverdiener zu entlasten,
10 fordern wir außerdem, einen Versicherungsfreibetrag einzuführen, bis zu dem die Pflicht zur
11 Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung nicht oder nur begrenzt gilt.

12

Begründung:

13

14 Die SPD hat sich dazu bekannt, Altersarmut zu vermindern und für ein Mindesteinkommen im
15 Alter zu sorgen. Dies soll vor allem durch die Einnahmen aus der gesetzlichen
16 Rentenversicherung gedeckt werden. Dabei sollen gemäß dem Solidarprinzip auch die Starken
17 für die Schwachen einstehen.

18 In Anbetracht dieser Zielsetzung ist es ungerecht, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
19 in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen, während selbstständig Tätige,
20 Abgeordnete und Beamte von dieser Pflicht befreit sind. Zum einen werden einige große
21 Einkommen damit dem System der Rentenversicherung entzogen. Zum anderen werden auch
22 Gewerbetreibende und Freiberufler potenziell von Altersarmut bedroht und sollen durch das
23 Rentensystem gestützt werden. Folglich müssen auch sie einen gesetzlichen Rentenbeitrag
24 leisten.

25

26

27

1 Beschluss: D5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

4

5

6 **Altenpflege im Land nachhaltig verbessern – Pflegepakt entwickeln**

7

8 Angesichts demographischer Entwicklungen und der bereits heute teilweise schwierigen und
9 unangemessenen Lebenssituation der Bewohner von Altenheimen muss sich das Land mit den
10 Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation auseinandersetzen.

11

12 Dabei soll zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der Pflegesituation und der zu
13 erwartenden Entwicklungen in Sachsen-Anhalt erstellt werden.

14

15 Ausgehend von diesen Erkenntnissen muss dann in einer konzertierten Aktion ein sowohl den
16 aktuellen als auch den zu erwartenden Gegebenheiten angemessener Aktionsrahmen bzw.
17 Pflegepakt zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausgehandelt und implementiert
18 werden.

19

20 Inhalt dieses Paktes müssen neben diversen anderen Themen auch die

21

- 22 • Lebensbedingungen der Bewohner von Pflegeheimen, d.h. u.a. die Unterbringung
23 in teilweise ungeeigneten Mehrbettzimmerbelegungen,
- 24 • die Arbeits- und Vergütungssituation der Pflegenden
- 25 • sowie Maßnahmen zur Gewinnung weiterer Fachkräfte und zur
26 Verbesserung der Aus- und Weiterbildung dieser

27

28 sein.

29

30 **Begründung:**

31

32 Zwar finden auf Bundesebene bereits aktive Bemühungen zur Bekämpfung der mit der
33 Versorgung von pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern verbundenen Probleme
34 statt, diese Bemühungen allein sind jedoch keinesfalls ausreichend, um die Situation
35 nachhaltig und in einer angemessenen Form zu verbessern. Des Weiteren weist Sachsen-
36 Anhalt spezifische Problemstellungen auf, die von diesen bundespolitischen Bemühungen
37 nicht abgedeckt werden. Daher erscheint es geboten, anknüpfend an eine Bestandsaufnahme,
38 eine zwischen den Beteiligten Akteuren im Konsens erzielte Vorstellung für den Umgang mit
39 diversen mit der Thematik verbundenen Probleme zu entwickeln. Dabei sollen sowohl
40 Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals als auch Lebensbedingungen der zu pflegenden
41 Menschen in die Betrachtung mit einbezogen werden.

42 Vorbild einer derartigen, konzertierten Verständigung kann unter anderem der im Januar 2013
43 in Thüringen vorgestellte Pflegepakt sein.

44

1 Beschluss: D6

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4

5

Vereinfachte Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner

6

7 Durch die Einführung einer vereinfachten Steuererklärung, in der die bereits von der
8 Rentenbezugsstelle sowie den Krankenkassen übermittelten Daten eingepflegt sind, sollen
9 Rentnerinnen und Rentner, die keine Einkünfte nach §§ 13, 15, 18, 21 und 23 EStG beziehen,
10 zukünftig bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung entlastet werden. Dieser Vordruck
11 soll dem Rentenbeziehende binnen 6 Monaten nach Ablauf des betreffenden
12 Veranlagungszeitraums zugestellt werden. Die Rentnerinnen und Rentner überprüft diese
13 Werte und ergänzt die Erklärung noch um ggf. bestehende Behinderten- und Pflege-
14 Pauschbeträge, außergewöhnliche Belastungen oder Sonderausgaben.

15

Begründung:

16

17
18 Entgegen der gängigen Meinung sind Renteneinkünfte nicht steuerfrei und unterliegen der
19 persönlichen Einkommensteuerpflicht des Zahlungsempfängers. In den vergangenen Jahren
20 haben die Finanzbehörden hingegen Rentnerinnen und Rentner mit verhältnismäßig geringen
21 Einkünften - obwohl eine Steuerklärungspflicht vorlag - nur stichprobenhaft zur
22 Erklärungsabgabe aufgefordert und somit veranlagt.

23 Durch eine in 2005 in Kraft getretene Gesetzesänderung liegen den Finanzämtern nun
24 allerdings die Rentenbezugsmitteilungen vor, woraufhin 2012 bundesweit tausende
25 Rentnerinnen und Rentner zur Abgabe Ihrer Einkommensteuererklärung – auf Grund der
26 Verjährungsfristen oft rückwirkend ab dem Veranlagungszeitraum 2005 – aufgefordert
27 wurden. Bei Nichtabgabe erfolgt eine Steuerfestsetzung von Amts wegen, in Form einer
28 Schätzung in Anlehnung an den dem Finanzamt vorliegenden Werten, die sich für die
29 Steuerpflichtigen in der Regel negativ auswirkt.

30

31 Zu den nun auf einmal fälligen Steuernachzahlungen für sieben Jahre kommen außerdem
32 Zinsen nach § 238 AO von jährlich 6 Prozent.

33

34 Durch die Einführung einer vereinfachten Steuererklärung für Rentnerinnen und Rentner, kann
35 die Einkommensteuererklärung und Einkommensteuerzahlung ohne größeren Aufwand –
36 da dem Finanzamt die wichtigsten Werte ohnehin vorliegen - jährlich zeitnah erfolgen und
37 Nachzahlungszinsen sowie Verspätungszuschläge verhindert werden. Gerade im Hinblick auf
38 einen jährlich abschmelzenden Steuerfreibetrag für Renteneinkünfte bis 2040 und der
39 Hinzurechnung der regulären Rentenanpassungen zum steuerpflichtigen Anteil der
40 Renteneinkünfte, würde diese Vereinfachung insbesondere perspektivisch gesehen einen
41 breiten Personenkreis entlasten.

42

43

1 Beschluss: D7

2

3 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Gleiche Bezahlung von LeiharbeiterInnen als Bedingung für die Vergabe öffentlicher**
6 **Aufträge**

7

8 Im neuen Vergabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt soll ausdrücklich geregelt werden, dass
9 die Zahlung gleicher Entgelte für gleiche Arbeit auch für im jeweiligen Auftrag beschäftigte
10 LeiharbeiterInnen im Vergleich zu regulär Beschäftigten als Ausführungsbedingung gilt.
11 Zudem soll die Anzahl der als LeiharbeiterInnen im Rahmen öffentlicher Aufträge
12 Beschäftigten möglichst weitestgehend reduziert werden. Daher fordern wir die
13 Landesregierung Sachsen-Anhalts auf, dafür Sorge zu tragen, dass der Gebrauch dieser
14 Arbeitsmarktinstrumente offengelegt wird, sowie ein Konzept zu entwickeln, wie dem
15 Missbrauch des Leih- und Zeitarbeitssektors bei öffentlichen Aufträgen vorzubeugen ist.

16

17 **Begründung:**

18

19 Wir als SPD müssen uns auch Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2010 für die dadurch
20 entstandenen Folgen rechtfertigen. Eine dieser Folgen ist der ausufernde Sektor der Leih- und
21 Zeitarbeit. Ebenso haben wir in der großen Koalition versäumt, diesem Einhalt zu gebieten.
22 Immer mehr reguläre Beschäftigungsverhältnisse werden durch Leih- und
23 ZeitarbeiterInnen sowie durch geringfügig beschäftigte ersetzt. Um diesen Folgen der
24 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Einhalt zu gebieten, ist es nun an der Zeit zu handeln. Eine
25 Vorbildfunktion muss vom Land und den Kommunen ausgehen. Da eine weitreichendere
26 bundesgesetzliche Regelung nicht in Aussicht steht, muss das Land im Rahmen seiner
27 Gesetzgebungskompetenzen handeln.

28 Viele Unternehmen die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen, wissen meist erst kurz
29 vor Ausführungsbeginn, ob sie den entsprechenden Zuschlag erhalten. Daher ist es für diese
30 mitunter verständlich, dass sie diese Auftragsspitzen mittels des Einsatzes von
31 LeiharbeiterInnen abfedern. Jedoch darf diese gerechtfertigte Flexibilität nicht auch zum
32 Ausnutzen der LeiharbeiterInnen mittels schlechterer Bezahlung führen. Die
33 Festschreibung der Entgeltgleichheit von LeiharbeiterInnen und regulär beschäftigten
34 ArbeitnehmerInnen ist elementarer Grundvoraussetzung für eine Gleichwertigkeit am
35 Arbeitsplatz. Die Auftraggeber dürfen nicht von der durch die Leiharbeit vorangetriebene
36 Lohnklaverei in einigen Branchen profitieren. Daher ist eine entsprechende Fixierung der
37 Entgeltgleichheit zwingend notwendig. Auch in Zeiten finanzieller Engpässe des
38 Landeshaushaltes gilt es die ArbeitnehmerInnen zu schützen.

39

40

1 Beschluss: D8

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

4

5

Arbeitsfreie Tage nachholen

6

7 Eine gesetzliche Regelung, die es erlaubt arbeitsfreie Tage, die durch einen gesetzlichen
8 Feiertag verloren gehen, am nächsten darauffolgenden Werktag nachholen zu können, ist
9 einzuführen.

10

Begründung:

11

12 Das Recht, an einem gesetzlichen Feiertag zu gedenken, an einer Demonstration teilzunehmen
13 oder sich im Rahmen des Feiertages kulturell zu engagieren, darf nicht durch den Ausfall eines
14 arbeitsfreien Tages gefährdet werden.

15 So zwingt die bisherige Regelung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer gefährlichen
16 Entscheidung zwischen ihrem Recht auf einen arbeitsfreien Zeitraum (zum Beispiel das
17 Wochenende) und ihrer Möglichkeit auf politische und gesellschaftliche Teilhabe.

18 Im internationalen Vergleich rangiert die Bundesrepublik bezüglich der Zahl der gesetzlichen
19 Feiertage nur im Mittelfeld. Es ist also nicht korrekt, wenn suggeriert wird, deutsche
20 ArbeitnehmerInnen könnten getrost auf einen Feiertag verzichten.

21 Auch das Argument, die Wirtschaft würde nachhaltig durch einen „verschobenen“
22 arbeitsfreien Tag geschädigt, ist nicht sachgemäß. Im Gegenteil:

23 Die jetzige Regelung erlaubt es, auf Kosten der Arbeitnehmer zusätzlichen Profit zu machen.
24 Schließlich wird der ausgefallene arbeitsfreie Tag nicht im Gehalt berücksichtigt. Fällt etwa der
25 1. Mai auf einen Sonntag, arbeiten deutsche ArbeitnehmerInnen mehr für das gleiche Geld.

26

27

28

1 Beschluss: D10

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag , SPD-Landtagsfraktion

4

5

Ehrenamtliches Engagement fördern

6

7 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit an die Rente
8 angerechnet wird, sofern ein entsprechender Nachweis der Tätigkeit geführt wird.

9

Begründung:

10

11

12 Die Mitglieder einer Hilfsorganisation stellen die lebensnotwendige Tätigkeit im Bereich der
13 medizinischen Rettung. Neben ihrer Arbeit und Familie verbringen die Mitglieder/innen einer
14 Hilfsorganisation ehrenamtlich viele Stunden ihrer eigentlichen Freizeit bei Lehrgängen,
15 Einsatzdiensten und Einsätzen. Ihnen gebühren unser Dank und unser Respekt für ihren
16 engagierten Einsatz für das Allgemeinwohl.

17 Um diesen Dank den Mitglieder/innen auszudrücken und um den Dienst der
18 Hilfsorganisationen für junge Menschen attraktiv zu machen, wäre eine Anrechnung dieser
19 Tätigkeit als extra Entgeltpunkte in den Rentenwert Nachdenkens wert.

20

21 Weiterhin ist leider zu beobachten, dass sich immer weniger junge Menschen ehrenamtlich in
22 Sport- oder Kulturvereinen engagieren. In Zeiten der Kürzungen in kulturellen Bereichen durch
23 die öffentliche Hand, bedingt eine Zunahme der ehrenamtlichen Aktivitäten um die Vielfalt in
24 den verschiedensten Bereichen zu erhalten. Unser Anspruch sollte es sein, jedem der
25 ehrenamtlich Verantwortung für einen Verein o.ä. übernimmt, ein kleines Dankeschön zurück
26 zu geben. Aus diesem Grund bezieht sich dieser Beschluss eben nicht nur auf die Arbeit bei
27 Feuerwehren und Hilfsorganisationen, sondern auf alle ehrenamtlichen Tätigkeiten.

28

29

1 Beschluss: D13

2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion via SPD-Bundesparteitag

4 5 **Wiederaufstockung des Gründerzuschusses**

6
7 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die im Jahre 2012 erfolgte deutliche Herabsenkung des
8 Gründerzuschusses für Arbeitslosengeld-I-EmpfängerInnen und die Abschaffung dieses
9 Rechtsanspruchs rückgängig gemacht wird. Zudem sollen gründungswillige ALG-II-
10 EmpfängerInnen auch diese Art des Zuschusses erhalten.

11 12 **Begründung:**

13
14 Die §§ 93 ff. SGB III regeln die staatliche Bezuschussung von Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld
15 I-Anspruch. Diese dient dazu, Menschen eine Perspektive zu geben, die Arbeitslosigkeit schnell
16 hinter sich zu lassen und sich als SelbstständigeR im Berufsleben zu integrieren. Da am Anfang
17 der Selbstständigkeit kaum mit Einnahmen zu rechnen ist und diese Menschen meist kein
18 finanzielles Polster aufgebaut haben, ist diese Förderung essentiell notwendig.
19 Im Zuge von Sparmaßnahmen wurden die Zuschüsse im Jahre 2012 allerdings deutlich gesenkt
20 und haben die Neugründungen in Deutschland in den Keller sinken lassen.

21
22 Dazu gehört:

23 Seit Anfang 2012 haben Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I keinen Rechtsanspruch
24 mehr auf diesen Zuschuss. Zudem muss der Beschluss 150 Tage vor Auslaufen des
25 Arbeitslosengeldanspruches (vorher 90 Tage) erfolgen. Sollte es zu einer erfolgreichen
26 Bewilligung kommen (dies hängt vom jeweiligen Ermessen des/r Sachbearbeitenden/in ab),
27 erhält der/die GründerIn 6 Monate (vorher neun Monate) lang einen Zuschuss in Höhe
28 seines/ihrer Anspruches auf ALG I, zuzüglich 300€. Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung
29 des Zuschusses in Höhe von pauschal 300€ für maximal neun Monate (vorher sechs Monate).
30 Infolge dieser Veränderungen brach die Zahl der Neugründungen um **85%** ein und erreichte für
31 2012 das tiefste Niveau seit 15 Jahren. Angesichts der Erfolgszahlen, welche durch das Institut
32 für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelt wurden, ist zu bezweifeln, dass diese Art
33 der Kürzungen den Weg in Richtung Vollbeschäftigung, Recht auf freie Berufsausübung und
34 Unabhängigkeit unterstützt. Demnach konnten ca. 80% der geförderten Jungunternehmer 19
35 Monate nach Gründung ihrer Unternehmen von ihrer selbstständigen Arbeit leben und
36 erwirtschaften ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2000€. Darüber hinaus schufen sie
37 weitere Arbeitsstellen und so hatten 19 Monate nach Gründung bereits 33% der männlichen
38 und 25% der weiblichen UnternehmerInnen Angestellte (im Durchschnitt fast 3). Nur 5% der
39 geförderten UnternehmerInnen scheitern in diesem Zeitraum und werden wieder arbeitslos.
40 Demnach ist das Potenzial der Förderung für den deutschen Staat und dessen Bevölkerung sehr
41 hoch einzuschätzen.

42 Zudem ist es fraglich, warum ALG II-EmpfängerInnen von diesem Zuschuss keinen Gebrauch
43 machen dürfen. Menschen die schon länger in der Arbeitslosigkeit festsitzen, sollten nicht
44 weiter benachteiligt werden. Daher sollte eine Eingliederung der ALG II – EmpfängerInnen in
45 das Gründerzuschuss-Programm geprüft werden. Auch hier erscheint das Einstiegsgeld für den
46 Berufseinstieg als ein adäquates Mittel.

47 Eine Studie des IAB hat dieses Instrument der Gründungshilfe evaluiert und aus dieser
48 (02/2012) und einem Artikel der BrandEins Februar 2013 stammen die meisten Daten. Dabei
49 wurde auch die Fraglichkeit des Missbrauchs untersucht und obwohl das Geld gerne
50 „mitgenommen“ wird, so waren viele GründerInnen im Nachhinein froh doch diese Hilfe
51 erhalten zu haben. Das könnte unter anderem daran liegen, dass Gründungen und Business
52 Pläne zu positiv geplant werden. So hätten es laut Studie ca. 19% der Gründerzuschuss-
53 Empfänger auch ohne diesen erfolgreich in die Selbstständigkeit geschafft. Eine genaue
54 Evaluierung ist immer schwer, da auch psychologische Faktoren wie Sicherheit, Ermutigung
55 etc. eine Rolle spielen, welche nicht gemessen wurden/werden können.

1 Insgesamt scheint es sich dabei jedoch im Vergleich zu früheren Instrumenten um ein recht
2 erfolgreiches Modell zu handeln und daher ist leider jede Plausibilität für diese
3 Kürzungsmaßnahmen abhanden.
4 Es sollte daher im Anliegen der SPD sein, sich für eine stärkere Förderung der Selbstständigkeit
5 einzusetzen und damit den Arbeitsmarkt nachhaltig zu befruchten.
6

7

1 Beschluss: D14

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion,
4 SPD-Landtagsfraktion

5

6

„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen

7

8 Die SPD Sachsen-Anhalt lehnt das sogenannte Familienstandsdarlehen der CDU Sachsen-
9 Anhalt ab und wird dieses Modell oder auch ähnliche Konstruktionen nicht unterstützen bzw.
10 mittragen.

11

12 Die SPD Sachsen-Anhalt missbilligt

13

- 14 - das sogenannte Familienstandsdarlehen in seiner Grundkonzeption der Vergabe von
- 15 zinslosen Darlehen an junge Ehepaare und die Möglichkeit des späteren „Abkinderns“
- 16 durch Erlass eines Teils der Darlehenssumme pro in der Ehe geborenem Kind;
- 17 - die Diskriminierung homosexueller Partnerschaften, in denen auch Kinder zur Familie
- 18 gehören können, sogenannte Patchwork-Familien, Alleinerziehende und unverheiratete
- 19 Paare, ebenso wie die älterer Paare über 35 Jahre;
- 20 - die Fixierung auf ein bestimmtes Familienmodell (Vater, Mutter und x Kinder).

21

22 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert:

23 Kinder dürfen nicht zu einer Ware werden die einen finanziellen Vorteil einbringen.
24 Stattdessen ist das Geld in eine gute, flächendeckende Kinderbetreuung und frühkindliche
25 Bildung zu investieren, die allen Kindern und nicht nur jenen von verheirateten Paaren
26 zugutekommt. Zudem müssen die Lebensrealitäten junger Menschen heutzutage anerkannt
27 werden, die durch hohen Druck und Unsicherheiten in der Ausbildung und dem Start in das
28 Berufsleben immer später die Entscheidung für eine Familie fällen und immer flexibler
29 bezüglich ihres Wohnortes sein müssen. Dieser Druck ist durch geeignete Maßnahmen zu
30 senken. In Sachsen-Anhalt müssen gute Bedingungen für junge Familien geschaffen werden
31 einschließlich guter, sicherer Arbeitsplätze für die Eltern. Dies fördert Familien in unserem Land
32 besser als jede Kinderprämie.

33

Begründung:

34

35 Die CDU Sachsen-Anhalt schreibt über das sog. Familienstandsdarlehen in ihrem
36 Positionspapier „Mehr Lust auf Familie!“ vom Juni 2012:

37

38

39 „Familienstandsdarlehen

40 Zur Stärkung der Familie im engeren Sinne sollten Eheschließungen durch sogenannte
41 Familienstandsdarlehen gefördert werden. Dieses Darlehen sollte einkommensunabhängig
42 gewährt werden. Die Altersgrenze sollte bei beiden Ehepartnern jeweils bei 35 Jahren liegen, da
43 mit zunehmendem Alter der Ehepartner der Finanzbedarf abnimmt. Das Darlehen sollte zinslos
44 gewährt werden. Die Darlehensverwaltung sollte durch die Investitionsbank erfolgen. Die
45 Laufzeit des Darlehens sollte bei 10 Jahren liegen. Im Falle der Ehescheidung bzw. Wegzugs aus
46 Sachsen-Anhalt wird die Rückzahlung des Darlehens sofort fällig. Dabei haften die beiden
47 Ehepartner für die Rückzahlung gesamtschuldnerisch. Neben der Rückzahlung des Darlehens
48 kann die Darlehenstilgung auch durch die Geburt von Kindern erfolgen. Die Darlehensschuld
49 verringert sich dabei pro Kind um ein Drittel mit der Folge, dass Familien mit 3 Kindern das
50 Darlehen getilgt haben und keine Rückzahlung leisten müssen. Gefördert wird nur die Erstehe.
51 Dies gilt für beide Ehepartner gleichermaßen.

52 In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 10.000 Ehen pro Jahr in Sachsen-Anhalt
53 geschlossen. Unter Zugrundlegung einer Darlehenssumme von 5.000,- Euro errechnet sich ein
54 Darlehensvolumen von 50 Millionen Euro pro Jahr. Bei einem Zinssatz von 5 Prozent errechnet
55 sich daraus eine Zinsbelastung für den Landeshaushalt von 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Im

1 Laufe der Jahre müssen bei diesen Beträgen die Einnahmen berücksichtigt werden, die durch
2 die durchschnittlich ca. 5.000 Ehescheidungen pro Jahr in den Landeshaushalt zurückfließen.“
3
4 Die von der CDU angeführten Berechnungen unterschlagen die Tatsache, dass die
5 „abgekinderten“ Teile des sog. Familienstandsdarlehens ebenso zu Lasten der klammen
6 Landeskasse fließen.
7
8 Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen das sog. Familienstandsdarlehen zu unsozialen und
9 verheerenden Folgen führen kann. Zum Beispiel:
10
11 - wenn ein Partner oder eine Partnerin nach einer Scheidung alleinerziehend ist und zusätzlich
12 den übrigen Familienkredit unverzüglich zurückzahlen soll. Dies schafft eine weitere Hürde für
13 ein selbstbestimmtes Leben, dass auch beinhalten kann, sich vom Ehepartner oder -partnerin
14 zu trennen.
15 - Viele Wegzüge aus Sachsen-Anhalt erfolgen aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeiten, weil
16 vor Ort kein oder nur ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz gefunden werden konnte. Dann
17 jungen Familien, die ihr Familieneinkommen eigenständig bestreiten wollen eine weitere
18 Hürde in den Weg zu legen, indem die sofortige Rückzahlung des Darlehens droht ist eine Art
19 Erpressung und führt im Zweifel zu einer höheren Belastung des Sozialsystems.
20 - Es darf keinen Unterschied geben zwischen ehelich geborenen Kindern die besonders
21 gefördert werden und unehelichen Kindern. Dies würde einen gesellschaftlichen Rückschritt
22 bedeuten.
23
24

1 Beschluss: D15
2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;
4 SPD-Landtagsfraktion
5

6 **Versorgung psychisch erkrankter Elternteile**

7

8 In Sachsen-Anhalt soll ein Angebot geschaffen werden, das die stationäre Unterbringung und
9 angemessene Versorgung psychisch erkrankter Eltern(-teile) mit ihren Kindern sicherstellt.
10

11 **Begründung:**

12

13 Familien mit psychisch erkrankten Eltern(-teilen) gehören zu den größten Herausforderung in
14 der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Im Bedarfsfall installierte übliche Maßnahmen, wie
15 zum Beispiel Familienhilfen, stoßen nicht selten an ihre Grenzen, da sie oftmals nur Symptome
16 abmildern, ohne aber der Problematik auf Dauer entgegenwirken zu können. Nicht selten
17 droht eine mindestens vorübergehende Inobhutnahme der Kinder mit gravierenden und zum
18 Teil traumatisierenden Folgen für das Familiensystem, die Kinder, aber auch für die Eltern.

19 Für Familien, in denen ein Elternteil (oder beide Elternteile) erkrankt ist (sind), kann die
20 gemeinsame stationäre Unterbringung in einem Wohnprojekt, in dem sie rund um die Uhr von
21 ausgebildeten Fachkräften betreut werden und in dem es entsprechende therapeutische
22 Angebote gibt, ein hilfreicher Ausweg sein. Das Land sollte hier aktiv werden und ggf.
23 gemeinsam mit freien Trägern ein entsprechendes Angebot entwickeln.
24
25

1 Beschluss: D16

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt; SPD-Landesparteitag
4 zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-
5 Anhalt, Juso-Bundeskongress

6

7

8 **Reduzierter Umsatzsteuer für sogenanntes Sozialcatering**

9

10 Für sogenanntes Sozialcatering, also die Essensversorgung für soziale Einrichtungen wie
11 (Berufs-/Hoch-)Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeheime, soll künftig nur noch der
12 reduzierte Umsatzsteuer zur Anwendung kommen. Es gilt zu prüfen, inwiefern zur
13 Kompensation der reduzierte Satz für andere Produkte, der nicht unmittelbar mit einer
14 Entlastung im sozialen Bereich einhergeht, abgeschafft werden kann.

15

16 **Begründung:**

17

18 Die Essensversorgung in Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen gehört zu
19 den wichtigsten Angeboten dieser Einrichtungen, wenn es um die Erfüllung von
20 Grundbedürfnissen geht. Eine gute Essensversorgung für möglichst alle Nutzerinnen und
21 Nutzer dieser Institutionen ist zudem zentrale Voraussetzung für die Erfüllung der Ziele dieser
22 Institutionen. Doch auch in diesem Bereich hat es in den vergangenen Jahren Kostenaufwüchse
23 gegeben, die die Kassen derjenigen, die für diese aufkommen müssen belasten. Viele Eltern
24 können sich beispielsweise kaum noch leisten, für die Versorgung ihrer Kinder in der Schule mit
25 einer warmen Mahlzeit aufzukommen. Die SPD fordert deshalb schon seit einiger Zeit eine
26 kostenlose Essensversorgung in den Schulen. Eine Umsetzung dieser Forderung ist derzeit aber
27 nicht absehbar. Eine Reduzierung des Umsatzsteuersatzes, die auch 1:1 an die Preise
28 weitergegeben wird, wäre immerhin ein erster Schritt.

1 Beschluss: O1

2 3 **Die Jusos Sachsen-Anhalt bekämpfen Sexismus in den eigenen Reihen**

4
5 Wir, die Jusos Sachsen-Anhalt, bekennen uns zu einer klaren Antisexismus-Politik in unseren
6 eigenen Reihen.

7
8 Das bedeutet insbesondere, dass wir auf unseren Veranstaltungen (wie beispielsweise unserer
9 Landesdelegiertenkonferenz) keinerlei sexuelle Übergriffe und Belästigungen dulden.

10
11 Wir verfolgen eine klare "Nein bedeutet nein!"-Politik. Für Annäherungen jeglicher Art ist
12 demnach zwingend ein eindeutiger Konsens über die Annäherung zwischen allen Beteiligten
13 notwendig. Dieser Konsens wird nicht implizit angenommen, solange kein "Nein" erfolgt,
14 sondern muss explizit eingeholt werden. Auch eine Zustimmung zu einer Handlung bedeutet
15 nicht automatisch die Zustimmung zu weitergehenden Handlungen. Ohne einen erteilten
16 Konsens wird keine_r von uns irgendwelche Handlungen mit oder an anderen Menschen
17 vornehmen, die deren persönliche Grenzen verletzen könnten.

18
19 Wir gehen gegen Grenzüberschreitungen entschlossen vor. Da wir alle in einer angenehmen
20 und sicheren Atmosphäre miteinander unsere Zeit verbringen möchten, werden Personen, die
21 die Grenzen anderer Menschen überschreiten, von der jeweils laufenden Veranstaltung
22 ausgeschlossen. Bei wiederholten Grenzüberschreitungen durch eine einzelne Person, wird ein
23 Ausschlussverfahren gegen diese Person angestrengt. Was als Grenzüberschreitung
24 empfunden wurde, bestimmt hierbei niemals der_die Täter_in. Die Koordinator_innen von
25 Juso-Veranstaltungen stehen hierfür als Ansprechpersonen zur Verfügung. Sie haben zudem
26 die Möglichkeit, andere/weitere Ansprechpersonen zu benennen. Wer die Ansprechpersonen
27 sind, muss allen Teilnehmenden bekannt sein bzw. bekannt gemacht werden.

28
29 Der Landesvorstand wird beauftragt eine entsprechende Satzungsänderung (Richtlinien) zur
30 nächsten Landesdelegiertenkonferenz einzubringen.

31 32 **Begründung:**

33
34 Die Debatte um das Thema Sexismus ist derzeit sehr präsent in der Öffentlichkeit. Auch wir als
35 Jusos haben hierzu deutlich Stellung bezogen. Die Aktion von Herrn Bruderle und sein
36 selbstverständlicher Umgang damit stehen hierbei nur exemplarisch für Sexismus und
37 Übergriffe, die täglich überall passieren.

38 Aber wie steht es mit dem Sexismus in unseren eigenen Reihen? Es gibt auf vielen Juso-
39 Veranstaltungen, insbesondere auf der LDK, zahlreiche Annäherungen. Es ist schön, dass wir
40 Jusos nicht immer nur politische Standpunkte, sondern auch Intimität austauschen.

41 Nicht akzeptabel ist jedoch, dass derzeit keine LDK vergeht, ohne dass irgendwelche der
42 anwesenden Menschen belästigt werden. Dies trifft insbesondere, aber nicht ausschließlich,
43 weibliche Mitglieder.

44 Es ist ebenfalls nicht tragbar, dass in Vorbereitung einer LDK die Anweisung an eine
45 Delegiertengruppe erfolgen muss, dass man die jungen weiblichen Mitglieder auf der LDK und
46 insbesondere der abendlichen Party vor Übergriffen bzw. Belästigungen schützen müsse. Diese
47 Anweisung entstand auf Grund von Vorjahreserfahrungen.

48 Nicht jeder Mensch kann klar und deutlich Grenzen artikulieren. Das kann am persönlichen
49 Hintergrund der Person, ihrer Erfahrung oder der allgemeinen Situation (Trunkenheit, Druck,
50 ...) liegen. Deshalb ist es besser, sich zu vergewissern, statt einfach anzunehmen, der_die
51 andere würde das auch wollen, weil er_sie nicht widerspricht. Denn wir alle möchten
52 niemanden zu etwas zwingen. Und wir möchten nicht, dass sich Menschen bei uns unwohl
53 fühlen.

54
55 Wir bekennen uns nicht gegen Liebe und Sexualität auf unseren Veranstaltungen. Aber wir
56 möchten auf unseren Veranstaltungen eine Atmosphäre schaffen, in der sich jede_r wohl

- 1 fühlen kann und in der wir nicht auf einzelne Mitglieder aufpassen müssen, weil diese von
 - 2 eigenen Verbandsmitgliedern belästigt werden.
 - 3
 - 4
 - 5 "Ich bin nicht in der Stimmung ..." bedeutet nein.
 - 6
 - 7 "Ich möchte lieber allein sein." Bedeutet nein.
 - 8
 - 9 "Ich möchte schlafen gehen." Bedeutet nein.
 - 10
 - 11 "Ich mag dich, aber ..." bedeutet nein.
 - 12
 - 13 "Okay, du hast mich überredet." bedeutet nein.
 - 14
 - 15 Nicht zurück küssen bedeutet nein.
 - 16
 - 17 Schweigen bedeutet nein.
 - 18
 - 19 "Fick dich!" Bedeutet nein.
 - 20 "Fick mich!" Bedeutet ja.
 - 21
 - 22
-

1 Beschluss: O2

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesvorstand

4

5

Resolution - Netzneutralität garantieren

6

7 Ein freies Internet ohne staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe ist ein Garant für freien
8 Meinungs Austausch und die Meinungsfreiheit weltweit. Netzneutralität ist elementar für
9 unsere Demokratie! Die Jusos Sachsen-Anhalt begrüßen daher den Beschluss des SPD-
10 Bundsparteitages die Netzneutralität nach der Bundestagswahl gesetzlich zu verankern.

11 Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf, diesen Standpunkt bei möglichen
12 Koalitionsgesprächen als sozialdemokratische Haltelinie zu betrachten und von dieser
13 Forderung nicht abzurücken. In einer zukünftigen SPD-Regierung soll dieser Punkt umgehend
14 umgesetzt werden.

15

16

1 Beschluss: O3

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

4

5

Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019

6

7 Wir Jusos fordern den SPD-Parteivorstand und den SPD-Bundesparteitag auf, bei der Erstellung
8 der Bundesliste zur Europawahl unter den ersten 22 Listenplätzen je ein Grundmandat für
9 jedes Bundesland zu vergeben, deren Reihenfolge wechselt.

10

11 Um ein solidarisches Nutzen der Personenpopularität im Wahlkampf zu ermöglichen, muss die
12 Reihenfolge der Bundesländer auf der Bundesliste hierbei von Wahl zu Wahl variieren. Sodass
13 alle SPD-Landesverbände die Möglichkeit haben unter den ersten 10 Plätzen geführt zu werden.
14 Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Systems wird die Abteilung Parteiorganisation des
15 Parteivorstandes beauftragt.

16

Begründung:

17

18
19 Besonders die mitgliederschwachen Verbände der SPD haben bei der letzten Europawahl
20 massiv an der schlechten Platzierung auf der Bundesliste gelitten. Mehreren
21 Europaabgeordneten, die eigentlich genug Stimmen auf sich vereinigt hätten, wurde dadurch
22 der Einzug ins Europäische Parlament verwehrt. Dabei wird das Projekt Europa und seine
23 Verwurzelung in der Bevölkerung gefährdet, weil seine wichtigsten RepräsentantInnen nicht
24 mehr in allen Regionen präsent sind.

25

26 Gerade den neuen Bundesländern, von denen 4 Landesverbände in der aktuellen
27 Legislaturperiode nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten sind, wird somit
28 Partizipation verwehrt.

29

30 Die richtige Konsequenz hieraus darf allerdings nicht sein, pauschal Landeslisten zu fordern:
31 Damit würde man es bevölkerungsschwachen Bundesländern wie Bremen, dem Saarland oder
32 Mecklenburg-Vorpommern fast unmöglich machen, jemals einen Europaabgeordneten zu
33 stellen (allein in Bremen bräuchte man über 60% aller abgegebenen Stimmen), was in
34 diametralem Gegensatz zum Solidaritätsgrundsatz der SPD steht.

35

36 Vielmehr muss eine sinnvoll quotierte Bundesliste geschaffen werden, die auf
37 Bevölkerungsdichte Rücksicht nimmt, aber gleichzeitig allen Bundesländern die Möglichkeit auf
38 einen Sitz im Europäischen Parlament eröffnet.

39

40

1 Beschluss: O4

2

3 Weiterleitung an: Landesparteitag, Landesvorstand, Landtagsfraktion

4

5

6

Barrierefreie Veranstaltungsorte

7

8

Tagungsorte für Delegiertenkonferenzen der Jusos bzw. vergleichbare Tagungen / Konferenzen ihrer nach folgenden Kriterien auszuwählen:

9

10

• barrierefreie Tagungsorte

11

• barrierefreie Übernachtungsmöglichkeiten

12

13

Zudem ist im Vorfeld des jeweiligen Parteitages und Bundeskongresses zu gewährleisten, dass:

14

15

• Beschlussbücher in Brailleschrift

16

• und Gebärdendolmetscher

17

18

zur Verfügung gestellt werden, sofern Sie benötigt/ abgefragt werden.

19

20

Als Beispiel orientieren wir uns hierfür an den Bundesparteitagen, an denen das

21

schon geübte Praxis ist.

22

23

Begründung:

24

25

Wir im Landesverband Sachsen Anhalt, begreifen uns als inklusionsfördernder Verband und haben eine inklusive Gesellschaft als Ziel. Mittlerweile ist dieses Thema auch in der SPD präsent, was sich nicht nur mit den zahlreichen Veranstaltungen dazu belegen lässt, sondern auch im Positionspapier der SPD verankert ist. Doch mit einem reinen informellen Austausch, mit dem bloßen Diskutieren und der Erkenntnis „Wir müssen etwas für das Erreichen dieses Ziels tun“ ist es nicht getan. Der permanente Austausch zum Thema Inklusion in Form von Diskussionsrunden, Veranstaltungen und Arbeitskreise ist wichtig, dies soll mit diesem Beschluss in keinsten Weise in Frage gestellt werden. Jedoch: Wir müssen endlich handeln und nicht nur

34

reden! Und das fängt bei uns selbst an, in unserem Landesverband, wie auch in der gesamten Partei.

35

36

37

1 Beschluss: O5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag

4

5

6

Kennzeichnungspflicht als Koalitionsbedingung

7

8

9

10

11

12

13

14

Die SPD Sachsen-Anhalt begrüßt die in der Debatte um das Sicherheits- und Ordnungsgesetz getätigte Aussage des stellvertretenden SPD-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden, Rüdiger Erben, ohne eine verbindliche Aufnahme der Kennzeichnungspflicht mit rotierenden Ziffern für Polizeibeamtinnen und -beamte in einen künftigen Koalitionsvertrag werde die SPD „nicht zu haben sein“, und erhebt diese Feststellung zum Landesparteitagsbeschluss.

15

16

17

18

19

Begründung:

Nach jahrelangen, intensiven Debatten hat sich die SPD Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2012 in einem Mitgliederentscheid zur Kennzeichnungspflicht für die Polizei bekannt. Die Einführung dieses Instruments scheidet gegenwärtig allein an der wenig konstruktiven Haltung des Koalitionspartners.

20

21

22

23

24

25

26

Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen und Formelkompromissen einen Riegel vorzuschieben, ist die SPD gut beraten, die Kennzeichnungspflicht als wichtigen und von der Parteibasis bejahten Pfeiler ihrer Programmatik frühzeitig zur nicht verhandelbaren Vorbedingung für den möglichen Eintritt in eine Koalitionsregierung 2016 zu machen.

1 Beschluss: 11

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag zur Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion;
4 SPD-Landtagsfraktion

5

6

Kürzungen in der Kinder- und Jugendförderung verhindern

7

8 Die SPD-Landtagsfraktion soll sich gegen Kürzungen von Landeszuschüssen bei der Kinder- und
9 Jugendförderung – insbesondere hinsichtlich des Fachkräfteprogramms und der
10 Jugendpauschale – einsetzen und entsprechende Vorhaben gegebenenfalls im Landtag
11 stoppen. Das Sozialministerium wird ausdrücklich in seinem Bestreben unterstützt, an den
12 genannten Förderinstrumenten festzuhalten.

13 Es muss – auch über das Jahr 2014 hinaus – weiterhin zweckgebundene Mittelzuweisungen des
14 Landes an die Kommunen im Kinder- und Jugendbereich geben, damit die Kommunen sich
15 nicht gezwungen sehen, einen anderweitigen finanziellen Ausgleich für die vorgeschlagenen
16 Kürzungen – beispielsweise über das kommunale Finanzausgleichsgesetz – in die Finanzierung
17 anderer (Pflicht-)Aufgaben zu stecken.

18 Unabhängig davon soll die Landeregierung dazu aufgefordert werden, sowohl eine fiskalische
19 als auch eine sozialpolitische Folgenabschätzung für derartige Kürzungen vorzulegen.

20

Begründung:

21

22

23 Die finanziellen Zuwendungen für den Bereich der Kinder- und Jugendförderung garantieren
24 Chancengerechtigkeit insbesondere für jene jungen Menschen in Sachsen-Anhalt, die aus
25 verschiedenen Gründen gegenüber ihren AltersgenossInnen benachteiligt sind. Mit einer
26 Streichung der Jugendpauschale – einem zweckgebundenen Zuschuss des Landes an die
27 Kommunen – dürften bislang damit finanzierte Projekte in einem erheblichen Umfang
28 ersatzlos wegfallen. Denn die Kommunen haben in weiten Teilen des Landes kaum mehr
29 Möglichkeiten, mehr als ihre Pflichtaufgaben zu finanzieren.

30 Der zu befürchtende weitgehende Wegfall der damit verbundenen sozialen Infrastruktur
31 würde Aufstiegschancen verhindern und problematische Lebenslagen von in Schwierigkeiten
32 geratenen Familien, Kindern und Jugendlichen zementieren. Im schlimmsten Fall steht am
33 Ende junger Bildungskarrieren dann der Gang in die Langzeitarbeitslosigkeit oder den
34 Niedriglohnsektor.

35 Unabhängig von den menschlichen Folgen ist eine Kürzung in diesem Bereich auch
36 finanzpolitisch höchst fragwürdig. Denn die Folgekosten gescheiterter Bildungsprozesse,
37 fehlender präventiver oder interventiver Maßnahmen fallen in der Regel deutlich höher aus, als
38 die Investitionen in jene. Auch hier bliebe deshalb festzuhalten: Das ist keine
39 Konsolidierungsmaßnahme sondern eine Verschiebung der Schulden in die Zukunft mit
40 individuellen Folgen für viele junge Menschen und negativen fiskalischen Folgen für das ganze
41 Land.

42 Vor diesem Hintergrund ist es auch fraglich, aus dem Fachkräfteprogramm auszusteigen, das
43 die Förderung sozialpädagogischer Fachkräfte in der Jugendarbeit zum Ziel hat. Gerade ein
44 Land wie Sachsen-Anhalt mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Familien bzw.
45 jungen Menschen hat ein solches Programm bitter nötig. Kinder- und Jugendarbeit kann nur
46 dann erfolgreich sein, wenn sie qualifiziert erfolgt. Das Fachkräfteprogramm ist dafür ein
47 wichtiger Baustein.

48